

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

W * U * N * D * E * R

Ja, die Welt ist voller Wunder.
Flammenfreudig strömt das Licht
In die Düsternis, den Plunder
Unsers Daseins. Und gesunder
Strahlt uns Herz und Angesicht.

Fluch des Alltags trüben Saunen!
Fenster, Augen, Seelen auf!
Aus den grünen und den braunen
Knospen lächelt ein Erstaunen:
Selig trieb's mich hier hinauf.

Schönes, heiliges Erwachen;
Die geheime Wunderkraft
Segelt auf Millionen Nachen,
Neues Leben zu entsachen
Aus der düstervollsten Taft.

Liebe jubelt an den Wegen.
Sonne kam und rief das Blut.
Liebe flattert sich entgegen.
Darm im Neste blüht der Segen:
Eine neue Liederflut.

Schwinge, Mensch, auch Deine Keble.
Dich auch schmückt die große Bier:
Wunderträchtige Befehle
Blühen in Hirn und Leib und Seele,
Drängen knospend auch in Dir.

Zeit rast wie mit wilden Pferden,
Vorwärts geht es ohne Ruh.
Große Wunder sind auf Erden.
Größere Wunder sind im Werden.
Trag' sie der Erfüllung zu! Geist Dreygang.

Zum 100. Geburtstage Lassalles.

Am 11. April 1825 wurde Lassalle geboren. Er starb am 31. August 1864. Er erlebte damit noch das erste gewerkschaftliche Regen, das ja in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts in Deutschland begann. Aber obwohl der gewerkschaftliche Gedanke in der Bewegung bei Lassalles Ende noch nicht zur Reife gelangt war, bietet uns Lassalle auch heute im modernen Gewerkschaftskampfe eine Fülle von Anregung und Ueberzeugung und Kraft. Der gewerkschaftliche Kampf ist der Kampf um den Menschen. Da ist uns jeder, der wie Lassalle für den Menschen stritt, ein Helfer und Förderer unserer Idee. Und da denken wir auch als Gewerkschafter mit Stolz des Tages, da Lassalles Geburtstag sich zum 100. Male jährt.

Zufriedenheit.

Die Zufriedenheit ist die schlimmste Gegnerin des Fortschritts, des Rechts, jeder sittlichen Entwicklung. Wer nicht einmal sein eigenes wirtschaftliches Sklavenlos erkennt, der ist erst recht zu jeder größeren Menschheitsarbeit nicht imstande. Und wieviel Tausende solcher Zufriedenen gibt es noch!

„Ihr deutschen Arbeiter“, rief Lassalle seinen Arbeiterhörern entgegen, „Ihr seid merkwürdige Leute, Euch muß man vorher erst noch beweisen, daß Ihr in einer traurigen Lage seid. Solange Ihr nur ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt Ihr das gar nicht und wißt gar nicht, daß Euch etwas fehlt!“

„Warum ist der russische Kosak so weit zurück in der Kultur?“, so fragt Lassalle empört. Und er antwortet: „Weil er Salalichte frißt und froh ist,

wenn er sich in schlechtem Fusel berauscht. — Solange Ihr das nicht begreift und befolgt, predige ich ganz vergeblich!“

Ware Mensch.

Wer sich einmal des Rechts, des ganzen vollen materiellen Rechts zum Leben bewußt geworden, der verspürt dann aber auch zugleich von seiner Menschenwürde. Die Menschenwürde liegt nicht nur in der Befriedigung des materiellen wirtschaftlichen Rechts. Wenn der Lohn auch vielleicht noch so hoch ist, die Menschenwürde wird in dem System der Wirtschaft dennoch vielleicht nicht gewahrt. Und sie wird nicht gewahrt in Heute.

„Glaubt Ihr vielleicht, daß Ihr Menschen seid?“ fragt uns Lassalle. „Ökonomisch gesprochen — also in der Wirklichkeit — irrt Ihr Euch ganz ungeheuer! Ökonomisch gesprochen seid Ihr nichts als Ware! Ihr werdet vermehrt durch höheren Lohn wie die Strümpfe, wenn sie fehlen; und Ihr werdet wieder abgeschafft, Eure Zahl wird durch geringeren Arbeitslohn vermindert wie Ungeziefer, mit dem die Gesellschaft Krieg führt.“

Wer Arbeit nimmt, ist in Spielball dessen, der Arbeit gibt: so war es noch, als Lassalle starb. So ist es noch heute, wenn der Zusammenschluß nicht stark genug ist. Trotzdem gibt es Menschen, die den Zusammenschluß als Macht zum Rechte nicht erkennen und unverdient höchstens teilnehmen an den Kampfesfrüchten der andern, die organisiert sind. Der Mensch ist als einzelner nur Ware der Wirtschaft, nur Werkzeug des wirtschaftlichen Herrschers. Vereint sind Arbeiter Menschen mit Stolz und sittlicher Kraft und Würde, weil sie der

Macht die Macht entgegenzusetzen und mit ihrer Macht das Recht zu wahren imstande sind.

Agitation.

Und weil die Kampfsgemeinschaft solche Kraft verleiht und solche Größe, darum heißt es, werden, daß niemand mehr draußen steht.

„Agitiert!“ donnert Lassalle uns zu. „Jeder Arbeiter, der sich der Agitation entzieht, verläßt die allgemeine Sache und die eigene zugleich.“ „Wenn die Agitation nicht die Massen erfasst, ist sie verloren!“

Der gewerkschaftliche Mensch.

Der gewerkschaftliche Kampf ist damit nicht eine Kleinigkeit des Lebens, die man nebenbei als Spiel betreibt. Sein Ziel ist Menschenwürde; sein Weg ist Kampfgeschlossenheit vor allen. Da muß die ganze Seele vom Kampf und vom Ziele durchlodert sein.

„Innere Einheit!“ Sie war Lassalle „Stolz und einziges Glück“. Harmonie von außen und innen, von Alltag und Lebenskampf. Nicht dort kleinliche Eigeninteressen und hier Kampf um Großes. In der Persönlichkeit vielmehr, durchdrungen vom großen Ziele, und so, innerlich wachsend, sich wiederum schenken dem Großen, aus dem man die Kraft bekam. Das heißt kämpfen! Das heißt Mensch sein! Das ist die Einheit von Gewerkschaftskampf und Menschenwürde. Und diese sittliche Größe des Kämpfers ist ihm dann wie Lassalle reichlich „Trost und Entschädigung für alle äußeren Kämpfe und Konflikte, für alle äußeren Befriedigungen, auf die er verzichtet.“

Das Fest der Hoffnung.*

Zu keiner andern Zeit des Jahres ließe sich ein Fest der Hoffnung mit der gleichen inneren Berechtigung feiern, wie das zu Ostern geschieht. Wenn die starren Winternächte weichen oder eben gewichen sind, wenn der Himmel beginnt, ein freundlicheres Gesicht zu machen und die alte Mutter Erde von Verheißungen strotzt, dann liegt die Hoffnung sozusagen in der Luft. Nicht nur in der Luft, sondern auch — bewußt oder unbewußt — im Herzen der Menschen. Zwar trägt wohl jeder stets Hoffnungen mit sich herum, aber in der Frühlingsluft, im Osterglanz der lebendiger gewordenen Sonne blühen sie schöner und zuversichtlicher auf, erstarren sie und lassen alle Hindernisse geringer und unwichtiger erscheinen. Das wußten die alten Heiden ebensogut wie die alten Christen. Die einen feierten in Ostern ihr Naturfest, opferten der Göttin Ostara und hofften auf gute Ernte. Die andern ließen die düstern Todeschrecken des Gekreuzigten enden, wälzten den Stein vom Grab und sangen: Auferstehung, Auferstehung! Denn nun schien die Hoffnung auf ein ewiges Leben ihres Zieles gewiß. Es gibt philosophische Werke, in denen die Nichtigkeit des Erdbendaseins bewiesen wird. Es gab und gibt Menschen, die sich überzeugen ließen und entweder den Freitod suchten oder gleichgültig, höhnisch oder mit Verwunderung auf alle blickten, die noch hoffen. Doch das waren und sind Ausnahmen. Die übergroße Mehrzahl der Menschen hält mit Ausdauer und unverwundlicher Kraft an der „süßen Gewohnheit des Daseins“ fest und erwartet für sich nach aller Last und Sorge schönere Dinge und bessere Tage. Wenn es schon heute regnet, so kann morgen doch die Sonne scheinen. Und wenn sie nicht morgen scheint, so strahlt sie übermorgen gewiß. Und wenn nicht übermorgen, eines Tages bricht sie wirklich hinter den Wolken hervor und taucht die trübe Welt in Licht und Glanz. Unendlich arm wäre die Menschheit, hätte sie die Fähigkeit und Kraft zur Hoffnung nicht. Beginnt irgendetwas — die Hoffnung, daß ihr es gut vollenden werdet, beflügelt euch, erwärmt euch, macht euch froh. Ja, sie ist ein unentbehrlicher Teil der Kraft, die alles Gute und Große hervorbringt, ein unsichtbarer Motor, der die Seele vorwärtsreißt. Laßt uns nur einmal an die ersten Pioniere der modernen Arbeiterbewegung, des Sozialismus, denken. An jene Männer, die als erste die Fackel des größten Befreiungsgedankens aller Zeiten emporhoben. Zwischen den dumpfen Hirnen einer slavischen Masse und der hagerfüllten Feindschaft ihrer Klassengegner standen sie da wie Prediger in der Wüste. Ja, wie Ausfälsche, wie Verbrecher. Wie Wahnsinnige und bössartige Teufel, die den Frieden und die Ordnung der Welt zerstören wollten. Man schlug sie, warf mit Steinen nach ihnen, bezte die Hunde auf sie, spie sie an und schmiß sie in den Kerker. Sie aber standen fest und trugen aufrechten Hauptes die Schmach — die Schmach der andern, die Dummheit der Sklaven und die feindselige Wut der Bourgeois und ihres Staates. Warum trugen und ertrugen sie's? Weil sie hofften. Hofften auf die erlösende Kraft der Idee und der Zeit, die alle Dinge und auch Menschenherzen und Menschenhirne wandelt. Heute hat der Sozialismus sich die Köpfe und Seelen fast aller Schaffenden erobert, heute ist's eine Selbstverständlichkeit für alle, die nicht unheilbar blind sind, im Klassenkampfe mitzutun. Das Arbeiterkind wird gewissermaßen schon in den Ideenzirkel hineingeboren. Der Lehrling, der junge Arbeiter weiß, daß er sich zum sozialistischen Kämpfer entwickeln muß, wenn die Welt der Schaffenden sich zu sonnigem und fruchtbarem Lande bilden soll. Es wird ihm um so eher gelingen, je mehr er sich bemüht, auch die Vergangenheit zu verstehen, je besser er die ungeheure Strecke des schon zurückgelegten Weges erkennt und die Erfolge würdigt, die seine Väter erkämpften, weil überzeugte Hoffnung sie trieb. Ja, er soll hoffen mit der gleichen Inbrunst wie sie. Denn die Jugend vor allem will ja weiter. Und sie soll weiter! Denn Jugend heißt Frühling des Menschengeschlechts, heißt Erneuerung und Empormachen. Unererschütterliche Gesetze wirken in der Natur. Ein unererschütterliches Gesetz der leimenden Arbeitswelt ist die Solidarität, und die Vollendung der Solidarität ist der Sozialismus. Aus ihm, aus ihr strömt die gewaltige Osterhoffnung des Proletariats. Träger dieser Hoffnung bist Du, Jungkamerad. Darum leuchte hell in Deinem Herzen der Osterverspruch: Hoffen, Kämpfen und Erkennen sind die Flammen, die das alte Leid verbrennen.

Die Arbeiterbanken.

Es mehren sich die Berichte aus verschiedenen Ländern, die über einen erfreulichen Fortschritt der Arbeiterbanken berichten können. Bekanntlich steht die deutsche Gewerkschaftsbank — Bank der Arbeiter, Anrestellten und Beamten — die während der Inflationszeit entstanden, ihre Tätigkeit erst nach der Stabilisierung der Mark begann,

seit dieser Zeit im Zeichen eines dauernden Aufstieges. In dem Maße, als die deutschen Gewerkschaften, die ihre Wunden bei der Bank anlegen, finanziell erstarren, erhöht sich der Einlagebestand der Arbeiterbank. Die Sammlung von individuellen Spareinlagen wurde noch nicht begonnen, weil dazu die Voraussetzungen noch nicht vorhanden sind. Weder erlaubt die gegenwärtige Lohn- und Gehaltslage den Arbeitnehmern erhebliche Ersparnisse, noch ist die technische Ausrüstung der Gewerkschaftsbank entwickelt genug, um die kostspielige Sammlung kleiner Sparpfennige aufzunehmen. Mit dieser Tätigkeit kann erst später begonnen werden. Uns liegen die jüngsten Mitteilungen der österreichischen Arbeiterbank über das zweite Geschäftsjahr, über die dänische Genossenschaftsbank (behandelt in der Februarnummer der Zeitschrift „Die Gemeinwirtschaft“ von P. Weiland, Kopenhagen) und über die amerikanischen Arbeiterbanken vor. Ueber die letzteren unterrichtet ein vor kurzem erschienenes Buch von Richard Bödel. Einige Tatsachen sollen den Fortschritt dieser Arbeiterbanken beleuchten. Die österreichische Arbeiterbank hat ein Aktienkapital von fünf Milliarden Kronen, zur Gänze eingezahlt und ausnahmslos im Besitz von gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen. Die Rücklagen aus dem vorigen Jahr betragen annähernd zwei Milliarden; für den kurzen Bestand des Instituts ein achtungswerter Erfolg. An fremdem Kapital reichte die Bank die Summe von 139 Milliarden in Bewegung; davon sind nur 3,5 Milliarden Spareinlagen. Mit dem individuellen Spareinlagenverkehr hat die Arbeiterbank erst gegen Ende des Jahres begonnen. Die übrigen Einlagen sind Gelder von Gewerkschaften, Genossenschaften und andern Organisationen. Aus den Mitteilungen über die dänische Arbeiterbank geht hervor, daß diese 1919 gegründete Bank die große Valutakrise, der die größten dänischen Banken infolge der Geldentwertung zum Opfer gefallen sind, gut überstanden hat. Sie erlitt manche Verluste, konnte jedoch ohne fremdes Leihkapital ihre Verpflichtungen erfüllen und erwies sich als solid und sicher, während Duzende von Privatbanken zusammenbrachen. Seit 1923 ist die Bank in ständigem Aufstiege begriffen; seit diesem Jahr ist ihr Kapital zweimal erhöht worden, von 2 auf 3 Millionen Kronen. Einige Angaben über die amerikanischen Arbeiterbanken, die bekanntlich früher entstanden und viel weiter entwickelt sind als die europäischen, sollen hier wiedergegeben werden. Gegenwärtig gibt es 33 Arbeiterbanken in Amerika mit einem Aktienkapital und Reserven von 125 Millionen Dollar. Einige dieser Banken sind im Besitz von bestimmten Gewerkschaften, wie der Eisenbahner, der Maschinisten, Telegraphenarbeiter und Bekleidungsarbeiter. Andere sind auf breiterer Grundlage zustande gekommen, wie die Federation Bank of New York, deren Aktienkapital und Einlagen von 500 Gewerkschaften aufgebracht wurden. Der Vorstand setzt sich aus Mitgliedern, die sämtlich dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund angehören, zusammen.

Die Aufgaben, der Wirkungsbereich und die Art der Geschäftsführung der Arbeiterbanken stehen einmütig noch nicht ganz eindeutig fest. Es bestehen Unterschiede nach Ländern und wirtschaftlichen Verhältnissen, aber auch in bezug auf die grundsätzliche Auffassung vom Wesen der Arbeiterbanken. Man kann den Zweck der Arbeiterbanken am umfassendsten beschreiben, wenn man diesen folgende drei Aufgaben zuweist: Unterstützung der Arbeiterorganisationen im gewerkschaftlichen Kampfe, das heißt die Arbeiterbank soll als Waffe bei diesen Kämpfen dienen, zweitens: Förderung der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen und Bestrebungen im Gegensatz zu den kapitalistischen, das heißt die gewerkschaftlichen Gelder und die Sparsummen der Arbeiter sollen in gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen angelegt werden, drittens: Unterstützung der sozialen und Kultureinrichtungen der Arbeiterschaft aus den von den Arbeiterbanken erzielten Gewinnen. Ein vierter Aufgabenkreis, der für die europäischen Arbeiterbanken infolge ihrer Kapitalknappheit einstweilen noch wenig in Frage kommt, in Amerika dagegen im Vordergrund steht, ist das Eindringen der Arbeiterschaft in die Privatindustrie durch die Arbeiterbanken. In Amerika taufen die im Besitz der Gewerkschaften befindlichen Arbeiterbanken Privatunternehmungen auf mit dem Zwecke, die Arbeitsverhältnisse in diesen Industriezweigen zu regeln. Aus dieser Tätigkeit der Arbeiterbanken entstehen dort große Schwierigkeiten. Die gekauften Unternehmungen werden oft unrichtig ausgewählt und führen zu Verlusten, was aber noch schlimmer ist, zu Lohnkonflikten mit der Arbeiterschaft, wenn nämlich diese einem andern Berufszweig angehört als die laufende Gewerkschaft. Indessen bieten diese Aufgaben, die sich auf die Verwendung des Kapitals beziehen, nicht weniger, aber die Probleme der Beschaffung des Kapitals und der Geschäftsführung große Schwierigkeiten. Diese sollen hier behandelt werden.

Wie soll das bei den Arbeiterbanken liegende Kapital verwendet werden? Hierbei spielen geschäftsmäßige Gesichtspunkte eine nicht weniger wichtige Rolle als die Rücksicht auf die geschilderten Aufgaben der Arbeiterpartei. Die Arbeiterbanken, von den kapitalistischen Banken angefeindet, von der kapitalistischen Presse mit Mißtrauen verfolgt, müssen mehr noch als andere Institute darauf bedacht sein, daß das Vertrauen in sie nicht erschüttert werde. Erst vor kurzem versuchte man, die österreichische Arbeiterbank durch Verbreitung falscher Nachrichten in Schwierigkeiten zu bringen, was glücklicherweise nicht gelang. Im Jahresbericht der österreichischen Arbeiterbank wird auch hervorgehoben, daß die Bank keine Spekulationsgeschäfte gemacht hat, was für eine Arbeiterbank eine Selbstverständlichkeit ist. Schwieriger ist aber die Frage der Anleihen an die Privatindustrie durch die Arbeiterbank. Diese sind oft aus technischen Gründen notwendig, um das freiliegende Geld der Arbeiterbank fruchtbringend anzulegen, in andern Fällen aber auch aus Rücksicht auf die bei diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter, um Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit zu verhüten. Bei Gewährung dieser Anleihen ist aber selbstverständlich die größte Vorsicht geboten. Angesichts der Wirtschaftskrise hat die österreichische Arbeiterbank beschlossen, Privatdarlehen überhaupt nicht mehr zu gewähren. Große Schwierigkeiten werden dadurch verursacht, daß die Gewerkschaften im

Falle eines Streiks die bei der Arbeiterbank angelegten Summen dringend benötigen. Mit Rücksicht darauf müssen die Arbeiterbanken einen verhältnismäßig großen Teil ihrer Mittel flüssig halten. Das heißt sie dürfen diese nur kurzfristig, auf tägliche oder wöchentliche Kündigung anlegen. So hält zum Beispiel die österreichische Arbeiterbank 30 % ihrer Geldmittel flüssig. Bei Lohnkämpfen möchten aber die im Kampfe stehenden Gewerkschaften nicht nur ihr Guthaben von der Arbeiterbank abheben, sondern auch noch große Anleihen bei der Bank machen. Dies wird freilich nur in gewissen Grenzen möglich sein. Im Bericht der österreichischen Arbeiterbank heißt es diesbezüglich: „Die Vorstellung, als sei die Bank dazu da, Lohnbewegungen mit ihren gesamten Mitteln zu finanzieren, beruht auf Unkenntnis ihrer Grundlagen wie der bestehenden Vereinbarungen der Organisationen.“ Die Geschäftsführung der Arbeiterbank muß kaufmännisch und vielseitig sein. Sie kann sich nicht auf bestimmte Geschäfte beschränken, sondern muß die meisten Vantgeschäfte in ihrem Wirkungsbereich einbeziehen. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und im Konkurrenzkampf mit den Privatbanken aufgestellt, kann sie nicht umhin, sich deren Geschäftsmethoden zu bedienen. Die Arbeiterbanken müssen auch Auslandsgeschäfte abwickeln, bei denen sie die Vermittlung der Arbeiterbanken des betreffenden Landes in Anspruch nehmen können.

Noch größere Sorgen als die Verwendung des Kapitals bereitet den Arbeiterbanken die Beschaffung desselben. Die Arbeiterbanken pflegen die Gelder der Gewerkschaften zu verwalten. Inwiefern können diese Gelder, so hoch auch ihre Summe sei, für eine erfolgreiche Geschäftsführung der Arbeiterbanken nicht ausreichen, schon wegen der oben erörterten Notwendigkeit, diese Gelder unter Umständen rasch zurückzahlen zu müssen. Zur Zeit der Wirtschaftskrise und großer Arbeitslosigkeit sind die Ansprüche an die Arbeiterbank am größten. Große Kapitalien werden ihr entzogen, ohne daß neue zufließen, zumal die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in Krisenzeiten zurückzugehen pflegt. Deshalb ist es geboten, daß die Arbeiterbanken auch aus andern Quellen sich Kapitalien verschaffen können. Auf welche Weise aber? Vor allem lassen die Spargelder der Arbeitnehmer in Frage. Inwiefern sind aber die Gehälter und Löhne in Europa so gering, daß große Kapitalien schwer gesammelt werden können, worauf der dänische Bericht hinweist. Dazu kommt die Konkurrenz der Privatbanken, die von Arbeitern oft lieber aufgesucht werden, und auch die großen Geschäftskosten, die mit der Sammlung geringer Sparsummen verbunden sind. Die österreichische Arbeiterbank hat mit der Sammlung der individuellen Spareinlagen erst im Herbst letzten Jahres nach anderthalbjährigem Bestehen angefangen. Es ist daher eine Lebensfrage für die Arbeiterbanken, daß sie die Verwaltung der Gelder von öffentlichen Körperschaften, die bisher von den Privatbanken besorgt wurde (Krankenkasse usw.), erhalten. Solange das nicht möglich ist, heißt es im dänischen Bericht, wird der Einfluß der Arbeiterbanken auf den Geldmarkt ein geringer bleiben. Ein anderes und noch wichtigeres Kapitel ist das Verhältnis der Genossenschaften zu den Arbeiterbanken. Die Genossenschaften haben bereits ihre Bankeinrichtungen, die sich aber in der Regel nur auf die Abwicklung der Warengeschäfte der Genossenschaften selbst beschränken. Die für eine Arbeiterbank gebotene Vielseitigkeit der Beschaffung und der Verwendung des Kapitals ist bei ihnen nicht in genügendem Maße vorhanden. Ohne auf diese Frage einzugehen, soll hier nur die Notwendigkeit des Zusammengehens der genossenschaftlichen und der Arbeiterbanken betont werden. Die österreichische Arbeiterbank ist gleichzeitig die Bank der Genossenschaften. Die Deutsche Gewerkschaftsbank soll, wie wir hörten, mit dem Bankinstitut der Großverkaufsgenossenschaft eine Vereinbarung zum Zusammenwirken treffen. In Dänemark wird der Geschäftsbetrieb der Arbeiterbank durch das Bestehen der Bank der bäuerlichen Genossenschaften sehr geschwächt; aus diesem Grunde konnte sie sich außerhalb Kopenhagens nicht ausbreiten.

Die Entwicklung der Arbeiterbanken steht noch in ihrem Anfang. Man kann schwer voraussagen, wie weit sie gehen wird. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß sie im Dienste der geschilderten Aufgaben: als Waffe im Gewerkschaftskampf, für die Förderung der Gemeinwirtschaft und der Kulturaufgaben der Arbeiterschaft große Möglichkeiten bietet.

A. H.

Die kürzlich stattgefundene Generalversammlung der Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte A.-G. in Berlin genehmigte einstimmig die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung vom 31. Dezember 1924. Letztere ergibt einen Nettogewinn von 229 061,40 M. Nach Abzug der Handlungsunkosten von 89 505,02 M. verbleibt ein Reingewinn von 139 556,38 M. Von dem Reingewinn würden 75 000 M dem gesetzlichen, 25 000 M dem Spezialreservefonds überwiesen, 37 500 M an Dividende (10 %) ausgeschüttet und 2066,38 M auf neue Rechnung vorgetragen. Von der Bilanzsumme, 10 306 881,31 M, kommen 153 104,37 M auf Kasse und fremde Gelder, 262 344,59 M auf Wechsel, 5 073 713,33 M auf Kassenkonten bei Banken und Bankfirmen, 4 441 027,97 M auf Schuldner, davon ungedeckte 38 862 M, 376 690,25 M auf eigene Wertpapiere. Auf der Passivseite stehen das Aktienkapital mit 750 000 M, die Gläubiger mit 9 417 324,93 M. Die Einrichtungen der Bank wurden über das Handlungsunkostenkonto auf 1 M abgeschrieben. Aus dem Geschäftsbericht sei noch folgendes erwähnt: Soweit Effektengeschäfte getätigt wurden, handelte es sich in erster Linie um festverzinsliche Papiere mit bester Deckung. Einen Teil der verfügbaren Gelder hatte die Bank in erstklassigen, jederzeit rediskontbaren Handelswechseln angelegt, der Rest wurde bei Banken und Bankfirmen begeben. Die Bank konnte, soweit die Rücksicht von der unerlässlichen Liquidität dies gestattete, im Wege kurzfristiger Kredite an Konsumgenossenschaften, soziale Vauetriebe und Siedlungsgesellschaften, Kommunalverbände, soziale Versicherungsgesellschaften und dergleichen dazu beitragen, daß das von der Arbeiterschaft zusammengetragene Geld den sozialen Interessen derselben Bevölkerungsschichten zugute kam. Hierin fand die Verwendung der Gelder ihre vornehmste Aufgabe. Die Ver-

* Aus „Jung-Zimmermann“ Nr. 4.

waltung der Arbeiterbank ist sich darüber klar, daß die Betonung der vorerwähnten Aufgaben für sie das Aufheben mancher Verdienstmöglichkeiten bedingt, die andern Bankgeschäften zur Verfügung stehen. Sie ist aber der Überzeugung, daß für sie weniger die Erwirtschaftung großer Gewinne als die Förderung sozialer Zwecke Ziel sein muß. Der Geschäftsgang in den ersten Monaten des neuen Jahres zeigt einen weiteren Fortschritt des Unternehmens. Der frühere Aufsichtsrat wurde wiedergewählt. Vorsitzender ist der Genosse Leipart, Stellvertreter Genosse Aufhäuser von der AFA.

Der Abschluß der Arbeiterbank zeigt ein erfreuliches Gesicht. Ein Beweis, daß die Gelder der Gewerkschaften in guten Händen sind. Konnten doch schon im ersten Halbjahr 10 % Dividende verteilt werden. Der erste Versuch in Deutschland, eine große Arbeiterbank ins Leben zu rufen, ist damit glänzend gelungen. Die Arbeiterbanken sind berufen, in den Kämpfen der Zukunft eine große Rolle zu spielen. Werden doch dadurch große Summen den privatkapitalistischen Geldinstituten entzogen und der Arbeiterschaft dienstbar gemacht. Die deutsche Arbeiterbank hat ihre Kinderschuhe rasch ausgetreten, sie hat sich sehr schnell zu einem achtunggebietenden Faktor entwickelt. Darüber freuen wir uns mit ganzem Herzen. Möge sie in ihrer Laufbahn in derselben rüstigen Weise vorwärtsschreiten zum Wohle der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Internationale Nachrichten.

Aus der Bauarbeiter-Internationale. (B-I) Der Bauarbeiterverband in Ungarn hielt in der Zeit vom 1. bis 4. März 1925 in Budapest seinen Verbandstag ab. Am Tage vor Beginn des Verbandstages fand eine Konferenz statt, die sich mit dem organisationsstörenden Verhalten einer sogenannten Opposition zu befassen hatte. An dieser Konferenz nahmen sämtliche Verbandstagsdelegierten teil. Die Opposition hatte sich zur Aufgabe gestellt, die bisherige Verbandsleitung und sämtliche Angestellten des Verbandes zu entfernen. Von den 197 Delegierten, die 152 Zahlstellen vertraten, stimmten nur 12 für das Ansinnen der Opposition. Der Verbandstag selbst bestätigte den vom Verbandsvorstand auf Grund der Satzung vorgenommenen Ausschluss von 11 Mitgliedern, die dauernd die Verbandsdisziplin verletzen und gegen die Bestimmungen der Satzung gehandelt hatten.

Aus dem Bericht, den der Verbandsvorstand dem Verbandstage erstattete, ist zu entnehmen, dass infolge der schlechten Bautätigkeit die Mitgliederzahl etwas geringer geworden ist. Der Verband hat im Jahre 1924 für Rechtsschutz 53 Millionen, für Streikunterstützung 882 Millionen und für Arbeitslosenunterstützung 131 Millionen K. (ungarisch) aufgewendet. An 167 Invaliden wurden 125 Millionen und an sonstiger Unterstützung in 1376 Fällen 109 Millionen K. ausgezahlt. Der Verband besitzt 9 Häuser in verschiedenen Orten im Werte von 27 Milliarden K. Die Einnahmen des Verbandes betragen 4,5 Milliarden, die Ausgaben 2,25 Milliarden K.; das Verbandsvermögen beträgt 30 Milliarden K. Die Berichte des Verbandsvorstandes wurden einstimmig zur Kenntnis genommen.

Von den Beschlüssen des Verbandstages halten wir die nachstehenden für besonders erwähnenswert. Die Unterstützungssätze werden im allgemeinen um 50 % erhöht. Die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung wird von 5 auf 8 Wochen verlängert. Der Verbandsbeitrag wurde auf 80 Goldheller pro Woche festgesetzt. Neben dem Verbandsorgan in ungarischer Sprache wird wieder wie früher eine deutschsprachige Verbandszeitung herausgegeben. Der Verbandstag beschloss die Gründung einer Baugilden-Zentrale, der sich die bereits bestehenden Baugilden anzuschließen haben. Die Filialen der Baugilden-Zentrale nehmen die Form von Aktiengesellschaften an. Das Stammkapital der Baugilden-Zentrale beträgt 220 Millionen K. Ausserdem werden dem Baugildenfonds alljährlich 20 % der Einnahmen des Bauarbeiterverbandes zugeführt. Der nächste Verbandstag wird in 3 Jahren stattfinden; bisher wurden die Verbandstage alle 2 Jahre abgehalten. Zusammen mit dem nächsten Verbandstag wird der Verband sein 25jähriges Bestehen feiern.

Der Norsk Murerforbund in Norwegen feiert am 1. Mai dieses Jahres sein 25jähriges Bestehen. Aus diesem Anlass werden am 2. und 3. Mai in Oslo besondere Festlichkeiten der Maurer stattfinden. Zu diesen Festlichkeiten hat der Verband neben andern Organisationen auch den neugeschaffenen Norwegischen Bauarbeiterverband eingeladen. Man darf wohl annehmen, dass diese Einladung nicht lediglich einem Höflichkeitsbedürfnis entsprungen ist, sondern in der Absicht geschah, die Festfreude womöglich durch die Vorbereitung der Vereinigung beider Organisationen zu erhöhen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Kassengeschäftliches.

Quittung der Hauptkasse über Eingänge im März.

Machen 100 M., Aalen i. Wt. 120, Ahlen i. Westf. 30, Ahrensbüd 60, Aken 60, Allenburg 10, Allenburg 200, Altheide 120, Angerbürg 80, Angermünde 40, Anklam 100, Ansbach 150, Aschersleben 300, Augsburg 680, Bad Döberitz 50, Bad Harzburg 130, Bad Schönfließ 20, Bad Tölz 150, Bad Wildungen 59,65, Ballenstedt 50, Bamberg 150, Barmen-Güterfeld 280, Barmstedt 100, Barnstorf 45, Basel-Osten 70, Baugen 550, Bahreuth 154,90, Beeskow 70, Benschheim-Muerbach 110, Berchtesgaden 50, Bergen bei Celle 50, Berlin 10 500, Beuthen 35, Bitterfeld 210, Blankenburg a. Harz 75, Bleicherode 211,85, Borßdorf 69,90,

Borna 300, Brandis 135, Bremen 5429,20, Brieg 200, Briesen 50, Brühl 81,80, Brunsbüttel 100, Bückeburg 200, Bunzlau 150, Buer 260, Bura-Mauscha 50, Burg auf Fehmarn 100, Burgdorf 159,85, Burghausen 20,65, Burgstädt 150, Bückow 60, Calbe 86,50, Call 89,50, Camburg 30, Cammer 100, Cassel 200, Celle 300, Chemnitz 3000, Colditz 100, Coswig 200, Cöthen 250, Cottbus 193,05, Crefeld 175, Creuzburg a. d. W. 28, Crimmitschau 190, Croppenstedt 63,80, Crossen 138, Cüstrin 100, Darmstadt 656,70, Delmenhorst 500, Detmold 80, Deutsch-Krone 82, Dinkelsbühl 50, Dortmund 703,50, Dresden 11 400, Dröbten 221,85, Drossen 46, Duisburg 1500, Düsseldorf 1200, Egeln 44, Eibenstock 50, Eilenburg 150, Eisenach 550, Elbing 300, Elmshorn 137,60, Emden 300, Erbing 70, Erfurt 400, Esen 1212,50, Eßlingen 200, Falkenberg in Pommeren 59,20, Ferndorf 68,80, Flensburg 400, Forst in der Lausitz 100, Frankfurt a. M. 1800, Freiburg i. B. 500, Freienwalde a. d. Oder 70, Freising 150, Frieda 90, Fürstenwalde 350, Garz a. Nügen 50, Geislingen 38,75, Gelsenkirchen 300, Genthin 100, Gera 1154,50, Gilgenburg 4,20, Glaunberg 21,44, Glogau 150, Glückstadt 150, Goldberg i. M. 50, Görlitz 355, Gotha 250, Göttingen 700, Greifswald 90, Greiz 501,80, Grebezmühlen 100, Grimma 200, Großsch-Regau 200, Grünberg i. Schlesien 170, Guben 253, Guhrau 100, Gundersweiler 26, Güsten 75, Güstrow 400, Gütersloh 50, Hagen 400, Halberstadt 250, Hall, schwab., 24, Halle 500, Hamburg 6128, Hamm 200, Hannover 33,50 Hann.-Münden 60, Harpstedt 40, Heilbronn 940, Heiligenbeil 50, Hildesheim 300, Hirschberg in Schlesien 1200, Hof 250, Hohenmölsen 40, Horneburg 148,90, Hujum 35,50, Jauer 100, Jena 350, Jernitz 80, Jümenau 60, Jümenstadt 50, Jüterburg 100, Jüterloh 85, Jzeho 106, Jüterbog 100, Karlsruhe 650, Kaufbeuren 15, Keßl 150, Keßra 30, Keßlinghausen 230, Keßin 100, Kiel 461,50, Kirchheim u. Teck 26,40, Kitzingen 60, Kolberg 190, Köln 1350, Königsmusterhausen 400, Kremen 50, Kronach 15, Kulmbach 300, Landeck 58, Landsberg a. Lech 50, Landsberg a. d. Warthe 350, Landshut 100, Langensöls 52,70, Laskowitz 79,15, Lauenburg a. d. Elbe 86,20, Lauf 70, Lauringen 20, Leck 25,10, Lehesten 50, Leisnig 126, Lemgo 50, Liegnitz 600, Löbau i. S. 94,82, Lobenstein 13, Lößlich 33,32, Löwenberg 30, Lübeck 1600, Lucka 70, Lüdenscheid 80, Lüderitz 24,90, Lüneburg 350, Magdeburg 2200, Mainz 12, Mainz 800, Mannheim 2040, Markkissa 60, Marne 60, Meuselwitz 50, Minden 235, Mittweida 200, Müncheberg 90 München 3170, Münster i. Westf. 200, Naun 101,50, Naumburg 100, Reichenburg 8,80, Neiß 1,50, Neubrandenburg 71,50, Neubukow 100, Neudamm 4, Neukloster 48,95, Neuruppin 180, Neuz 81, Neustadt an der Orla 100, Neustrelitz 150, Neuwied 20, Neuzelle 210, Niemeß 83, Nienburg a. d. W. 80, Niezky 200, Norden 200, Nordmerseleben 72,15, Nordhausen 164, Nordhorn 50, Nördlingen 50, Nürnberg 1100, Ober-Niederneufkirch 100, Oderberg 70, Offenburg 60, Ohlau 244,40, Oldenburg 605, Orlanenburg 200, Osnabrück 200, Paderborn 66,35, Passau 50, Passau 320, Patzschkau 100, Pinneberg 200, Pirmasens 34, Plau 76,08, Plauen 264, Pößneck 150, Potsdam 2000, Prien 40,60, Putlitz 33, Raftenburg 100, Rabeburg 80, Regenwalde 40,50, Rehna 27, Reichenbach i. Schles. 100, Reichenbach i. B. 202,42, Reichenbach i. S. 100, Reichenberg 215, Rethem 34,91, Ribnitz 56,40, Richtenberg 32, Rieja 480, Röbel 2,40, Rößlau 100,55, Rößwein 300, Rostock 600, Roth b. Nürnberg 150, Rötha 200, Rudolstadt 200, Saalfeld a. d. Saale 420, Saagan 200, Salzungen 306,05, Salzweil 40, Sand 100, Seehausen, Kreis Banzleben, 108,33, Seelow 40, Semb 60, Senftenberg 400, Siegen 34,80, Sigmaringen 139,15, Sohland 150, Soldin 41,50, Solingen 50, Soltau 50, Sondershausen 57,51, Sonneberg 100, Spremberg 100, Sprottau 200, Sülze 21,70, Schleswig 100, Schleifungen 80, Schmiedeburg 82,70, Schneverdingen 82, Schwaan 50, Schwedt 87,70, Schwiebus 120, Stabe 100, Stargard i. M. 94, Stargard in Pommeren 250, Starnberg 50, Stafffurt 150, Steinbergen 84, Stendal 151,45, Stepenitz 30, Stollberg 200, Storfow 12, Straßburg 200, Straßburg 50, Straubing -50, Strausberg 100, Strehla 185, Strehlen 400, Stuhm 155, Tann 100, Teßlin 90, Tiefenort 300, Tiffit 100, Torquay 33,60, Treptow a. d. Rega 40, Treuenbrieten 50, Tribsee 50, Trier 100, Trittau 50, Tübingen 300, Ueberlingen 18,10, Uelzen 300, Ulm 407,50, Velten 150, Vitzsburg 12, Waldenburg i. Schles. 1000, Waldheim 120, Waldsüt 45,50, Wanne 100, Waren 182,30, Weferlingen 50, Weida 105, Weilheim 10, Weimar 500, Weissenfels 420, Werda 200, Wernigerode 150, Westerland 200, Wiesdorf 224,40, Wilhelmshaven 7,20, Wismar 150, Witten 100, Wittenberg 200, Wittenberg 50, Worms 135, Wriezen 153, Würzburg 500, Wusterhausen 50, Weiz 300, Zittau 1000, Zörbig 70, Zwickau 300, Einzelzahler der Hauptkasse 25,85, Unterstützungskasse 226,70, private Infuzate 1,30, Literatur 202,10, Diverses 44,90, Zinsenkonto 611.

Verichtigung: In der Februar-Quittung ist ein Fehler enthalten. Es heißt dort irrtümlich: Dresden 2250, richtig ist Dresden 1250 und Neugersdorf 1000.

An Belegen gingen in der Zeit vom 1. bis 31. März ein: Bad Harzburg 65 M., Berlin 1405, Bremen 13, Breslau 500, Calbe 4, Coswig 118,20, Dresden 700, Elbing 48,75, Erfurt 600, Esen 137,50, Frankfurt a. Main 500, Gera 37,50, Gielow 30, Hannover 751,25, Kiel 80, Königsberg i. Pr. 700, Leipzig 900, Lübeck 76,25, Magdeburg 500, Mannheim 500, München 760, Nürnberg 500, Oepeln 25, Plauen 63,75, Potsdam 9,55, Ribnitz 7,50, Schwerin 300, Stettin 650, Stuttgart 600.

Vorschüsse zum Zwecke der Streikunterstützung wurden in der Zeit vom 1. bis 31. März versandt an folgende Zahlstellen: Berchtesgaden 800 M., Bielefeld 700, Gnoien 300, Kellheim 300 (Gemeinregal-Unterstützung), Löbau 180, Lollar 125, Lübz i. M. 100, Meize 1400, Nossen 300, Ohlau 650, Orlanenburg 1200, Peitzernitz 500, Rößwein 300, Seesen 350, Warin 180.

Holzf. Kömer, Kassierer.

Zur Beachtung! Das erste Quartal dieses Jahres ist buchmäßig mit dem 28. März beendet gewesen. Die Abrechnung muß, nachdem dieselbe von den Revisoren mit den Büchern verglichen und unterzeichnet

worden ist, bis spätestens zum 15. April mit samt den etwa noch am Orte verbliebenen Zentralfondsbeträgen und Belegen eingesandt werden. Unter allen Umständen sind auch die für Reiseunterstützung verausgabten Beträge durch Quittungen zu belegen. Belege, die nach dem 15. April bei der Zentralkasse eingehen, können für das erste Quartal nicht mehr verrechnet werden. Nach dem 31. März dürfen Reisenunterstützungen nicht mehr verabsolgt werden.

Die Einziehung von Rentenbankscheinen, Reichsbanknoten betreffend, machen wir darauf aufmerksam, daß die Rentenbankscheine zu 50 Rentenmark mit dem Ausfertigungsdatum 1. November 1923 aufgerufen worden sind und eingezogen werden. Die aufgerufenen Scheine können bei den öffentlichen Kassen noch bis 31. Mai 1925 in Zahlung gegeben, bei den Kassen der Reichsbank noch bis 30. September 1925 gegen andere Rentenbankscheine oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden. Reichsbanknoten mit dem Ausfertigungsdatum 11. Oktober 1924 verlieren mit dem 5. Juni 1925 ihre Gültigkeit als gesetzliche Zahlungsmittel. Diese Noten können nur noch bis zum 5. Juli 1925 bei allen Kassen der Reichsbank in Zahlung genommen oder gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden. D. D.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Bezirkskonferenz für Mittelpommern (Gau 4).

Zu der Bezirkskonferenz für Mittelpommern in Stettin am 22. März 1925 hatten von 28 eingeladenen Zahlstellen 23 Delegierte entsandt. Außerdem waren am Ende der Gauleiter C. Michaelis sowie 3 Mitglieder vom Gauvorstand. Die Tagesordnung lautete: 1. Stand unserer Organisation im Gau 4, Pommeren, und unsere Lohnbewegungen. 2. Agitation. 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende sprach die Erwartung aus, daß die Beratungen der Konferenz sich zum Allgemeinwohl der Zimmerer auswirken mögen. In längeren, sachlichen, klaren Ausführungen schilderte der Gauleiter die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren und noch sind, um die Organisation aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Die schwerste Zeit war die Zeit der Inflation mit der darauffolgenden Geldknappheit, dazu kam noch der strenge Winter 1923/24. Der Arbeitsmarkt im Baugewerbe war nur mäßig bewegt, so daß aller Orten große Arbeitslosigkeit herrschte. Man findet hierin auch die Erklärung für den Mitgliederchwund, der im ganzen Zentralverband zu verzeichnen war. Als erfreuliche Tatsache sei zu verzeichnen, daß der Gau 4 mit den niedrigsten Mitgliederverlust hatte von den 17 Gauen. Er beträgt trotz einer Arbeitslosigkeit von 53,8 % nur 3,3 %. Ein Zeichen, daß die Bewegung in Pommeren auf gesunden Füßen steht. Sodann verbreitete sich Redner auch über den Stand der Verhandlungen zum Abschluß eines Reichstarifvertrages. Sie seien bis jetzt genau so wie im vergangenen Jahr als gescheitert zu betrachten, weil unsere Vertreter bei den Verhandlungen niemals Verschlechterungen zustimmen werden. Anschließend erfolgte der Bericht über die augenblickliche Lohnbewegung. Da unser Lohnabkommen am 31. März 1925 abgelaufen ist, wurde seitens der Gauleitung am 9. März 1925 ein Schreiben an die Unternehmerrichtung, in dem in 5 Punkten unsere Forderungen klargelegt wurden. Neben einer Erhöhung der Lohnsätze in allen Gruppen um 30 % die Stunde wurde auch Wegfall der im Oktober 1924 geschaffenen vierten Lohngruppe sowie zweckmäßige Einstufung einer Anzahl weiterer Lohngebiete gefordert. In der Lohnverhandlung am 19. März 1925 wurden unsere gerechten Forderungen gänzlich ungenügend beantwortet, so daß die Verhandlung nach kurzer Zeit scheiterte. Neue Verhandlungen sind vorgesehen, falls auch dann kein nennenswertes Resultat herauskommt, tagt ein Schlichtungsausschuß. Nach dem Bericht des Gauleiters setzte eine rege Diskussion ein. Neben einigen Anregungen, Zahlstellenverhältnisse betreffend, konzentrierte sich das Hauptinteresse der Delegierten auf die letzten Lohnverhandlungen. Allseitig kam zum Ausdruck, an den bezüglichen Verhandlungen festzuhalten, auch das Verhalten der letzten Verhandlungsteilnehmer wurde gebilligt. Unverkennbar war der Wille, an den Forderungen festzuhalten. Des weiteren war auch die Lehrlingsfrage Gegenstand längerer Ausführungen. Mit Recht wurde die an verschiedenen Orten betriebene Lehrlingszüchterei als eine schwere Schädigung unseres Berufes in Zukunft empfunden. Mit Genugtuung stellte der Gauleiter in seinem Schlusswort fest, daß die Delegierten die Organisation als eine gute betrachten, stellte auch fest, daß in bezug auf die Lehrlingsfrage verschiedentlich Besprechungen stattgefunden haben. Danach wurde Punkt 2 der Tagesordnung behandelt. Kamerad Michaelis betonte, daß trotz des verhältnismäßig guten Standes unserer Organisation in Pommeren die Agitation stark einsehen müsse, um auch den letzten Zimmerer unserer Organisation zuzuführen. Ein gutes Agitationsmittel sei der Hinweis auf die in kürzerer Zeit in Kraft tretenden Unterstützungssätze bei Streiks und Arbeitslosigkeit. Aber abgesehen davon, müsse jedes überzeugte Verbandsmitglied fernstehenden Kameraden den Zweck und das Ziel des Verbandes klarzumachen versuchen. Vom Zentralvorstand herausgegebene Flugblätter gingen in nächster Zeit den Zahlstellen zu. In der Diskussion wurde von sämtlichen Delegierten die Notwendigkeit der Agitation anerkannt und eifrige Mitarbeiter zugesichert. Die Frage der Zugehörigkeit der Sägereiarbeiter zu unserm Verband wurde dahingehend beantwortet, daß dort, wo keine Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes besteht, sie bei uns zuständig sind. Sonstiges Verhalten bleibt den einzelnen Zahlstellen überlassen. Unter „Verschiedenes“ entspann sich eine Aussprache über einen Verstoß gegen die Arbeitszeit. Hierauf trat Schluß der gut verlaufenen Konferenz ein.

Man kann die Nützlichkeit einer Idee anerkennen und doch nicht verstehen, sie vollkommen zu nutzen.

Die größten Schwierigkeiten liegen da, wo wir sie nicht suchen. Goethe.

Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in **Vockwisch-Müdenberg** und **Niesau-Ludwigshammerwerk**.

Gestreikt wird in **Hamburg, Reife, Schladen, Schmiedeberg (Prov. Sachsen), Trebnitz, Wernigerode und Wollan**.

Gesperrt ist in **Chemnitz** die Baustelle **Wolle** (Firma Schubert & Salzer), in **Köln a. Rh.** die Baustelle **Thyllen** in **Knapiack**, in **Thießen** (Zahlstelle **Zeig**) das **Kraftwerk Stinnes**.

Aussperrung in Müdenberg, Zahlstelle Zentenberg. In dem Gebiete Müdenberg-Vockwisch, im Kreise Liebenwerda, lehnen sich die Unternehmer nicht an bezirkliche Abmachungen. Anstatt 66 h zahlen sie nur 48 h Stundenlohn, und dabei wird 9 Stunden den Tag gearbeitet. Die recht ungünstigen Verhältnisse gestatteten unsern Kameraden nicht, Wandel zu schaffen. Am 23. März wurde in einer Versammlung zu diesen Missetänden Stellung genommen und beschlossen, den Lohn von 66 h zu fordern und nur noch 8 Stunden zu arbeiten. Den Unternehmern wurde die Forderung unterbreitet; einige antworteten mit der Aussperrung.

Streik in Schladen. Für Schladen wird der Lohn durch die bezirkliche Lohnfestsetzung der Provinz Hannover bestimmt. Der Stundenlohn ist danach mit 67 h auszusagen. Die Unternehmer weigern sich und zahlen nur 63 h aus; sie werden darin noch von ihrer Leitung in Goslar bestärkt. Am 1. April hat eine Versammlung unserer Kameraden zur Situation Stellung genommen und die Einstellung der Arbeit beschlossen.

Streik in Schmiedeberg, Provinz Sachsen. Nach der bezirklichen Lohnfestsetzung für die Provinz Sachsen ist der Lohn nach Klasse 4, 66 h , zu zahlen. Die Unternehmer weigern sich dessen und zahlen nach Klasse 5 62 h . Der Versuch, durch örtliche Verhandlungen die Unternehmer zur Respektierung der bezirklich festgesetzten Löhne zu veranlassen, scheiterte. Eine Zahlstellenversammlung nahm zu dieser Differenz Stellung und beschloß die Einstellung der Arbeit und forderte die Entlohnung nach Klasse 3 auf 71 h .

Streik und Vereinbarung in Uchen. Durch die letzten bezirklichen Verhandlungen für die Provinz Brandenburg waren unsere Kameraden in Uchen insofern zu kurz gekommen, weil die bezirkliche Lohnhöhung nicht voll zur Auswirkung kam, in dem der Lohn am Orte sich in der Zwischenzeit erhöht hatte. Es kam zur Arbeitseinstellung, die nach einer Dauer von 15 Tagen mit folgender Vereinbarung endete: Die Arbeitnehmer in Uchen nehmen am Montag, 30., beziehungsweise Dienstag, 31. März, die Arbeit in vollem Umfange wieder auf. Die Facharbeiter erhalten vom 30. März bis 28. April 67 h und vom 29. April bis 7. Juli 69 h die Stunde. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks finden nicht statt. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden.

Erstgärtiger Platzstreik in Berlin. Die Firma Elbe & Ludwig hat seit längerer Zeit größere Arbeiten auszuführen. Sie beschäftigte mit Vorliebe unorganisierte oder erst zugereiste Zimmerer. Mit der Zeit hat sich das geändert, Verhandlungskameraden traten dort in Arbeit und bald waren alle Zimmerer organisiert. Als Lohn wurde 115 h mit Werkzeuggeld gezahlt. Unsere Kameraden forderten nun einen Stundenlohn von 150 h ; da die Firma bei den Verhandlungen über 125 h nicht hinausging, wurde am 31. März die Arbeit eingestellt. Am 2. April konnte die Arbeit wieder aufgenommen werden, nachdem mit einem Vertreter des Zahlstellenvorstandes und der Firma festgelegt war, daß vom 25. bis 31. März 125 h , vom 2. April 135 h und vom 15. April 140 h Stundenlohn gezahlt wird. Die Belegschaft hatte dem zugestimmt.

Planverre in Chemnitz. Wegen Arbeitszeitdifferenzen ist die Baustelle **Wolle**, **Neubau Schubert & Salze**, für Zimmerer gesperrt.

Differenzen in Pommern. Der in der vorigen Nummer des „Zimmerer“ abgedruckte Lohnschießspruch für Pommern ist von den Unternehmern abgelehnt worden. Die Verbindlichkeitsklärung hat die Gauleitung beim Schlichter beantragt, er hat bereits den Termin für eine neue Verhandlung angesetzt.

Differenzen in Schleswig-Holstein, Hamburg. Am 28. März ist vom Schlichtungsausschuß ein Spruch gefällt, der besagt, daß der Lohn in allen Klassen um 12 h vom 2. April an zu erhöhen ist. Die 4. Lohnklasse ist befreit. Der Stundenlohn würde demnach für Hamburg 117 h , für Kiel, Lübeck und Flensburg 99 h und für die Provinz 94, 89 und 83 h je nach Lohnklasse betragen. Diese Lohnfestsetzung soll bis 30. September 1925 gelten, eine Rücksichtnahme auf Preissteigerung und damit die Möglichkeit zu neuen Verhandlungen schießt der Schlichterspruch aus. Unsere Zahlstellen haben den Schlichterspruch abgelehnt, nicht wegen der Lohnhöhe, sondern der langen Bindung wegen. Die Unternehmer haben die Verbindlichkeitsklärung des Schlichterspruches beantragt und damit neue oder örtliche Verhandlungen abgelehnt. In Hamburg ist es daher auf einigen Plätzen und Bauten zur Arbeitseinstellung gekommen.

Lohnverhandlungen in Württemberg. Nachdem das Lohnabkommen vom 5. Februar 1925 gekündigt war, fanden am 26. März Verhandlungen statt, um den Lohn festzusetzen. Von den Unternehmern wurden Lohnangebote nicht gemacht, so daß die Verhandlungen resultatlos verliefen. Die Unternehmer haben sofort den Schlichtungsausschuß angerufen, der am 27. März tagte und entschied, daß die Löhne der Facharbeiter vom 1. April ab je nach Lohnklasse 85 h , 91 h , 83 h und 74 h betragen.

Neber die Werkzeugzulage für Zimmerer ist innerhalb 2 Wochen eine Vereinbarung herbeizuführen. Der Schiedspruch, der einstimmig gefaßt wurde, hat Gültigkeit bis 31. Mai 1925. Die Parteien haben beiderseitig angenommen.

Lohnschießspruch für Thüringen. Am 27. März wurde in Weimar beim Schlichter über neue Löhne verhandelt. Zu einer Verständigung kam es ebenso wenig wie bei den vorhergegangenen Verhandlungen der Parteien. Eine Schlichterkammer entschied dann, daß für die Zeit vom 30. März bis 4. April der Stundenlohn nach Lohnklassen 90 h , 81 h , 77 h , 69 h und 63 h zu betragen hat. Vom 11. beziehungsweise 16. Mai ab betragen die Stundenlöhne 96, 87, 83, 74 und 68 h . Dieses Lohnabkommen kann erstmalig zum 8. Juli 1925 gekündigt werden. Wird dem von den Parteien zugestimmt, erhöhen sich die Löhne insgesamt in der 1. Lohnklasse um 16 h , in der 4. Lohnklasse um 13 h die Stunde.

Lohnverhandlungen in Ostpreußen. Die Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages haben zu keinem Ergebnis geführt, es ist am Ende nur über den Lohn verhandelt worden. Für Königsberg ist der Stundenlohn für April und Mai auf 85 h und für Juni auf 87 h festgesetzt, die Entschädigung für Werkzeug auf 2 h . Für die Provinz waren die Verhandlungen schwieriger. Die Unternehmer wollten überhaupt jede Lohnhöhung ablehnen. Die Verhandlungen zeitigten dann das Ergebnis, daß für die Monate April und Mai der Stundenlohn in Lohnklasse I 75 h und in Lohnklasse II 64 h zu betragen soll, für den Monat Juni 77 h beziehungsweise 66 h . Für Werkzeug ist 1 h die Stunde zu zahlen. Das Lohnabkommen sollte bis 30. Juni gelten. — Wie uns mitgeteilt wird, ist das Lohnabkommen nicht zustande gekommen. Da sich Unparteiische in der Provinz nicht mehr finden, ist das Reichsarbeitsministerium ersucht worden, einen Vertreter zur Leitung der Verhandlung zu entsenden.

Schiedspruch für Oessen, Bezirk Frankfurt a. M. Am 30. März wurde beim Bezirkslohnamt über die Festsetzung der Löhne verhandelt. Eine Einigung wurde nicht erzielt und daher ein Schiedspruch gefällt, der besagt: Der Spitzenlohn ist im April 102 h (bisher 91 h), im Mai und Juni 107 h , im Juli und August 110 h , im September und Oktober 115 h . Die Erklärungsfrist läuft bis 6. April. Bei Schluß der Redaktion ist die Stellungnahme der Zahlstellen des Bezirks noch nicht bekannt. Die Zahlstelle Frankfurt hat zu dem Schiedspruch Stellung genommen, die Entscheidung ist aber auf die nächste Versammlung verschoben.

Mereluna des Lohnes in Reiz. Reiz ist ein kleines Landstädtchen in Brandenburg. Bis zum Jahre 1920 wurde in Reiz 20 h weniger als in Cottbus gezahlt. Am Orte sind 10 Unternehmer, wovon jeder nur wenig Zimmerer beschäftigt. Diese Unternehmer gehören aber nicht einer einheitlichen Organisation an. Einer hält noch zu seinem alten brandenburgischen Verbandsverband und respektiert diese Lohnregelung, er zahlt 75 h Stundenlohn, andere Unternehmer gehören zum neuen Lausitzer Verbandsverband, sie zahlen 67 h , in der Umgegend von Reiz, man nennt sie das wendische Viertel, werden Stundenlöhne von 50 und 60 h gezahlt. Unsere recht rührigen Kameraden in Reiz haben nun unter Teilnahme des Gauleiters eine Verhandlung mit allen Unternehmern des Ortes zustande gebracht und vereinbart: Der Lohn für Reiz und Umgegend ist immer der gleiche der Lohnklasse B in Brandenburg. Dort, wo heute bereits ein Stundenlohn von 75 h gezahlt wird, bleibt dieser für die Dauer der Vereinbarung mit dem Lausitzer Verband bestehen. Alle Zimmerer, die jetzt einen niedrigeren Lohn erhalten, bekommen 73 h Stundenlohn und 14 % für Werkzeuge.

Niedrige Stundenlohnweise des Polierbundes beim Streik in Reife. Seit Wochen steht — so wird uns geschrieben — die Bauarbeiterschaft in Reife im Streik, um bessere Lebensbedingungen. Der Kampf wird einheitlich geführt. Um so unverständlicher ist deshalb, wie der Vertreter des Polierbundes in Reife sich an die dortigen Unternehmer wenden konnte mit dem Ersuchen, sie möchten doch dafür sorgen, daß die im Streik befindlichen Maurer- und Zimmerpoliere in den Polierbund eintreten. Gelegentlich der Lohnverhandlungen erhielten unsere Kameraden davon Kenntnis. Die Unternehmer haben es abgelehnt, ihren Einfluß in der gewünschten Richtung geltend zu machen. Eine solche Handlungsweise des Vertreters des Polierbundes verdient schärfste Mißbilligung. Um so mehr, wenn damit vielleicht bewirkt werden sollte, die Poliere auf diesem Weg streikabtrünnig zu machen. Die Reizer Bauarbeiterschaft wird sich das merken.

Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit in Rheinland und Westfalen im Jahre 1924. Für das große Gebiet waren früher 10 Tarifverträge abgeschlossen. Das Bestreben der Unternehmer ging dahin, für das ganze Gebiet, mit Ausnahme von Viersfeld-Dorfeld-Minden-Oehnhäusen einen Tarifvertrag abzuschließen. Viel ist darum gestritten worden. Die wirtschaftlichen, aber auch die politischen Verhältnisse waren den Unternehmern günstig. Es ist in Rheinland-Westfalen zu einem regelrechten Beststariftvertrag nicht gekommen, bei Verhandlungen aber ist so verfahren worden, als wenn er bestände. Die Teilung des Gebietes in besetztes und unbesetztes, dazu der Druck der Besatzungsbehörden waren Hemmnisse, die schwer empfunden wurden. Bis zum November des Jahres 1923 stand das Gebiet, soweit die Lohnhöhe in Frage kam, an erster Stelle. Die Bauunternehmer haben aber, gestützt auf die Hilfe der Schwerindustrie und damit rechnend, daß die Besatzungsbehörden den Arbeitern das Streiken verbieten, am Schluß des Jahres 1923 mit Lohnminderungen eingeleitet. Das Jahr 1924 Jahre mit einer solchen Aktion der Unternehmer ein. So erklärten sie bei der Verhandlung am 3. Januar 1924, die Löhne im Bauwesen seien nicht gemindert abgebaut. Die Industrie fordere schärferen Lohnabbau, sonst erfolge restlose Einstellung jeglicher Bauarbeiten. Die Arbeitszeit müsse ver-

längert werden. Die Unternehmer stützten sich bei ihrer Forderung nach längerer Arbeitszeit auf die Vorgänge in der Schwerindustrie. Die Verhandlungen am 3. Januar konnten zu einer Verständigung nicht führen. Die Bauunternehmer haben sich darauf in einem langen Schreiben an den Reichs- und Staatskommissar und den Schlichter des Gebietes gewandt und dargelegt, was sie forderten. Bezüglich der Arbeitszeit forderten sie „grundtätige Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit mit der Maßgabe, daß diejenigen Stunden, die im Winter durch schlechte Lichtverhältnisse ausfallen, im Frühjahr und Sommer über die zehnstündige Arbeitszeit hinaus wieder eingeholt werden sollen. Durch Regen oder Schnee herbeigeführte Ausfallstunden sollen ebenfalls eingeholt werden, ohne Zahlung von besonderen Zulagen für Ueberstunden“. Diese Forderungen bildeten bei den späteren zentralen Verhandlungen die Richtschnur für die Vertreter der Unternehmer. Weder Schlichter noch Staatskommissar haben dem Verlangen der Unternehmer Rechnung getragen. Am 26. Januar kam eine Lohnvereinbarung zustande, in der der Spitzenstundenlohn vom 13. Januar auf 630 Milliarden festgesetzt wurde. Am 6. Februar leiteten die Unternehmer bei einer Verhandlung vor dem Bezirkslohnamt einen neuen Vorstoß auf längere Arbeitszeit ein. Sie forderten, „auf Werken, wo die Industriearbeiter 10 Stunden arbeiten, haben auch die baugewerblichen Arbeiter, selbst wenn sie bei Baufirmen beschäftigt werden, diese längere Arbeitszeit wie die Industriearbeiter zu leisten“. Das Bezirkslohnamt entschied zwar über die Höhe des Lohnes, nicht aber, wie die Unternehmer es forderten, über die Arbeitszeit. Da die Unternehmer auch eine Herabsetzung des Lohnes forderten, das Lohnamt den alten Lohn weiter belassen wollte, lehnten die Unternehmer den Schiedspruch ab. Durch Verhandlungen vor dem Schlichter wurde der höchste Stundenlohn für Zimmerer auf 63 h festgesetzt. Am 29. März kündigten die Unternehmer das bisherige auf Grund des Reichstarifs bestehende Arbeitsverhältnis auf allen Bauten und Plätzen durch Anschlag. Gleichzeitig drangen einzelne Unternehmer darauf, daß länger als 8 Stunden den Tag gearbeitet werde. Am 31. März beschäftigte sich eine gemeinsame Konferenz aller Arbeiterverbände des Bauwesens mit der Situation. Festgestellt wurde, daß die Arbeitslosigkeit noch sehr groß sei, in Westfalen waren noch 47 % der Zimmerer ohne Arbeit. Erwiesen wurde aber auch, daß die Vorgänge in der Industrie in bezug auf längere Arbeitszeit auf das Bauwesen nicht ohne Einfluß waren, daß hingegen in den reinen Zimmereibetrieben und auf Zimmerplätzen die achtstündige Arbeitszeit noch Regel ist. Das Ergebnis der Konferenz war — Festhalten am Achtstundentag und das Erstreben eines höheren Lohnes. Eine Reihe Kämpfe entwickelten sich bald darauf; das war für die Unternehmer das Signal, eine Aussperrung einzuleiten. Am 1. Mai sollte der Kampf beginnen. Am Vorabend, dem 30. April, fanden unter Leitung des Schlichters Verhandlungen statt. Die Streitfragen, die zu erledigen waren, waren außer der Arbeitszeit und dem Lohn, die Frage, wie für die Zukunft verhandelt werden soll und welche Instanzen bei Streitfragen anzurufen sind respektive auf welches Gebiet sich die Regelung zu erstrecken hat. Die am heißesten umstrittene Frage war die Arbeitszeit. Nachdem 12 Stunden hintereinander verhandelt war, kam eine Einigung zustande, die in bezug auf die Arbeitszeit besagt, daß es bis zur endgültigen zentralen Regelung bei dem derzeitigen Brauch verbleiben solle. Der Spitzenlohn für Zimmerer wurde auf 74 h die Stunde festgesetzt. Lohnstreikaktionen, die durch die Parteien nicht unmittelbar geschlichtet werden können, sollten durch Schiedsstelle gemäß § 11 des Reichstariftvertrages erledigt werden. Die Aussperrung unterbrach. Unsere Kameraden waren ganz bestimmt mit der Lösung der Lohnfrage nicht zufrieden. Der Druck der Besatzungsbehörde hinderte aber an weiteren Maßnahmen. Um die weitere Lohnherabsetzung nicht gestritten und verhandelt werden. Jede noch so unheimbare Veranlassung genügte den Unternehmern, um Verhandlungen zu sabotieren. Arbeitseinstellungen in kleinerem wie in größerem Umfange waren die Folge des Verhaltens der Unternehmer. Am 22. Juli wurde in einer Sitzung des Lohnamtes der Spitzenstundenlohn für Zimmerer auf 81 h festgesetzt. Die bestehenden Platzverren wurden aufgehoben. Die Bauarbeiter in Köln lehnten nun nicht nur den mit den Arbeiterstimmen gefaßten Schiedspruch ab, sie beschloßen auch die Einstellung der Arbeit. Die Unternehmer lehnten darauf gleichfalls ab, das wieder für unsere Kameraden die Veranlassung zur Arbeitseinstellung war. Die Unternehmer kündigten darauf zum 2. August die Aussperrung an, die auch erfolgte. Am 4. September fanden unter Leitung des Schlichters Verhandlungen statt; sie führten zu einem Schiedspruch, wonach der Stundenlohn in der Spitze auf 80 h kommen sollte. Die zur Entscheidung einberufenen Konferenzen lehnten diesen Schiedspruch ab. Am 8. September fanden erneut Verhandlungen statt, die sich zu dem Vorschlag verdichteten, daß der höchste Stundenlohn vom 14. August an 80 h und vom 1. Oktober an 82 h betragen solle. Der Vergleichsvorschlag ist von beiden Parteien angenommen worden. An der Aussperrung und den vorangegangenen Streiks waren 2647 Kameraden beteiligt, die sich zusammen an 50 154 Tagen zur Kontrolle meldeten. Nachdem spätere Versuche, zu neuen Lohnverhandlungen zu gelangen, an dem Widerstand der Unternehmer scheiterten, gelang es endlich am 17. November, das Lohnamt in Tätigkeit zu setzen. Es tagte und entschied: Eine Lohnherabsetzung im Bauwesen wird abgelehnt, da die Steigerung des Lebenshaltungsindezes seit der letzten Lohnherabsetzung diese als nicht gerechtfertigt erscheinen läßt. Die Arbeiter haben diesen Spruch abgelehnt, die Unternehmer nahmen ihn an und beantragten Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsminister. Der hat den Antrag abgelehnt. Die weitere Erledigung der Lohnfrage blieb dem Jahre 1925 vorbehalten. Trotz aller Widerstände, die das Jahr 1924 brachte, ist doch die Regelung der Löhne der Bauarbeiter durchgehalten worden; sie betragen im ersten Lehrjahr 20 %, im zweiten Lehrjahr 35 %, in der ersten Hälfte des dritten Lehrjahres 50 % und für das letzte Halbjahr 60 % des Gesellenlohnes.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin und Umgegend. In einer allgemeinen Mitglieder-... Berlin und Umgegend. In einer allgemeinen Mitglieder-... Berlin und Umgegend. In einer allgemeinen Mitglieder-...

Wiesbaden. Unsere Zahlstelle betreibt Aufbauarbeit. Zwei in der Zahlstelle aufgenommene Statistiken veranschaulichen die Verhältnisse, wie sie liegen. Die erste Aufnahme erstreckt sich auf die Zahl der Beschäftigten, ihre Organisationszugehörigkeit und die Löhne, die zweite über sonstige Arbeiterfragen. Aus dem gewonnenen Material zeigt sich, daß es wieder vorwärts geht. — Erstmittel wurden 15 Betriebe, die Zimmerer beschäftigen. In diesen Betrieben waren insgesamt 15 Poliere, 15 Postengefellen, 183 Gesellen, 21 Lehrlinge und 4 Umschüler beschäftigt. Unserm Verbande gehörten davon 226 als Mitglieder an und 12 Poliere dem Polierbund. Der tarifliche Stundenlohn betrug 82 \mathcal{M} . Die 15 Poliere erhielten einen Wochenlohn von 53 \mathcal{M} . Von den übrigen Beschäftigten, einschließlich der Lehrlinge, erhielten 1 107 \mathcal{M} , 1 100 \mathcal{M} , 1 93 \mathcal{M} , 1 92 \mathcal{M} , 1 90 \mathcal{M} , 3 88 \mathcal{M} , 3 87 \mathcal{M} , 6 85 \mathcal{M} , 2 84 \mathcal{M} , 172 82 \mathcal{M} , 10 79 \mathcal{M} , 1 65 \mathcal{M} , 1 62 \mathcal{M} , 1 50 \mathcal{M} , 3 49 \mathcal{M} , 3 41 \mathcal{M} , 1 33 \mathcal{M} , 1 32 \mathcal{M} , 5 25 \mathcal{M} , 2 17 \mathcal{M} und 3 16 \mathcal{M} . 20 Betriebszimmerer sind am Orte, die unter den Tarifverträgen der Industrie fallen. Die Lehrlingslöhne betragen 20, 30 und 50 % des Gesellenlohnes. — Ergebnis einer Erhebung im Januar 1925. Gefragt wurde nach der Kinderzahl unter 14 Jahren, ob Mitglied im Konsumverein, ob es einer politischen Partei angehört, ob die Frau politisch organisiert ist und welche Zeitung gelesen wird. Befragt wurden 93 Mitglieder, darunter einige ledige. Nicht alle Fragen wurden beantwortet. Festgestellt wurden 93 Mitglieder mit 109 Kindern unter 14 Jahren; 59 Kameraden sind Mitglied des Konsumvereins; 1 ist Mitglied des Haushaltsvereins und 49 sind politisch organisiert, desgleichen 12 Frauen von Mitgliedern; 76 Mitglieder hielten Zeitungen, davon 58 die „Volkswacht“ (SPD), 2 „Die Welt“ (KPD.) und 16 bürgerliche Zeitungen.

Bremen. Unsere letzte Zahlstellenversammlung (wann?) beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Quartals- und Jahresbericht des Vorstandes; 2. Lohn- und Tariffragen; 3. Beschlußfassung über vorliegende Anträge. Die Verlesung der Präsenzliste ergab, daß die Delegierten fast vollständig vertreten waren. Sodann erstattete der Vorsitzende Caspar den Quartals- und Jahresbericht. In der Diskussion wurde die Tätigkeit des Vorstandes im letzten Jahre von allen Rednern anerkannt. Auf Antrag wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. In der Parthüttenbewegung gab es auf Grund der Erfahrungen des letzten Jahres mancherlei Wünsche, die zu erfüllen aber, wie der Vorsitzende hervorhebt, unsere Beteiligung an ihr voraussetzt. Zur Prüfung dieser Frage wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die der nächsten Zahlstellenversammlung Bericht erstatten soll. Im zweiten Punkt der Tagesordnung wurde unsere Tariffrage eingehend diskutiert, nachdem der Vorsitzende den augenblicklichen Stand und die Aussichten für die Tarifverneuerung im laufenden Jahre aufgezeigt und hierbei auch die Lohnfrage eingehend behandelt hatte. Unsere nächste Forderung müsse die des Friedensreallohnes sein. Zur Teilnahme an den Verhandlungen wurde ein Kamerad aus Bremen und einer aus den ländlichen Bezirken gewählt. Zum dritten Punkt lagen folgende Anträge vor: Allen unorganisierten Lehrlingen in der Zahlstelle wird auf 2 Monate der „Jung-Zimmermann“ kostenlos zugestellt. Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Er setzt natürlich voraus, daß dem Vorstand die einzelnen Adressen der Lehrlinge mitgeteilt werden, damit eine intensive Agitation einsetzen kann. Eine energische Agitation wurde weiterhin auch für die Gesamtzahlstelle beschlossen. Dann wurden die Entschädigungen neu geregelt. Für die Kassierung der Beiträge wurden wie bisher 8 %, für Bezirksführer 5 \mathcal{M} Entschädigung pro

Quartal, für Zahlstellenversammlung 2 \mathcal{M} und Jahrgeld, für Vorstandssitzungen 75 \mathcal{M} und Jahrgeld, für Platzdelegierten 50 \mathcal{M} Entschädigung und Jahrgeld, und für Entschädigung bei Agitationen bis zu einem halben Tag 3 \mathcal{M} beschlossen. Ein weiterer Antrag, den Beitrag nach dem Statut zu erheben, wurde nach kurzer Debatte zurückgezogen, aber der Vorstand beauftragt, bis zur nächsten Zahlstellenversammlung zu prüfen, ob sich eine Herabsetzung ermöglichen läßt. Nachdem noch die Gehaltsfrage der Angestellten unserer Organisation, die vom 1. Januar 1925 von der Zentralkasse übernommen ist, vom Vorsitzenden klar gestellt wurde, erfolgte Schluß der in sachlicher Weise verlaufenen Versammlung.

Jahresbericht. Auch in unserm Zahlstellengebiet verjuchten die Unternehmer am Jahresanfang, die ungunstige Konjunktur zu Lohnreduzierungen zu benutzen. Am 8. Januar unternahmen sie bei den bezirklichen Verhandlungen den ersten Vorstoß; was sie hier nicht erreichten, erzielten sie im Bezirkslehnamt, das bereits am 10. Januar tagte, wo eine Lohnreduzierung von 6 % als Spruch durchgesetzt wurde. Trotz unserer Bemühungen gelang es nicht, die Lohnherabsetzung abzuwenden. Daß sie eine scharfe Erbitterung unter der gesamten Bauarbeiterchaft hervorrief, war verständlich. Unsere durch die Inflation geschwächten Kräfte und die Arbeitslosigkeit verhinderten leider, dieser Maßnahme wirksam zu begegnen. Die Arbeitslosigkeit in der Zahlstelle Bremen zeigt sich an folgenden Zahlen: Es waren arbeitslos am 26. Januar 1924 316 Zimmerer, am 23. Februar 214, und so ging es bis fast in den April hinein. Die Zahlstelle Bremen verkaufte zum Beispiel im 1. Quartal insgesamt nur 6800 Feitragemarken, das sind bei einem Mitgliederstand von rund 960 auf jedes Mitglied 7 geleistete Beiträge innerhalb 13 Wochen; also durchschnittlich war jedes Mitglied 6 Wochen arbeitslos. Wie die Unternehmer die Lage ausnutzten, bewiesen die zentralen Verhandlungen über einen Reichstarif und ihre Forderung über die Verlängerung der Arbeitszeit. Dasselbe spielte sich auch bei allen bezirklichen Verhandlungen in Bremen ab. Auch hier schoben die Unternehmer diese Forderung am 20. März in den Vordergrund, während wir Lohnherabsetzung verlangten und jede Verlängerung der Arbeitszeit ablehnten. Als hier kein Ergebnis gezeitigt wurde, setzten wir am 7. April eine Lohnzulage von 16 % durch, während die Arbeitszeitfrage offen blieb. Am 4. Mai fand dann in Bremen eine Gaukonferenz statt, die die Marschroute für die bezirklichen Verhandlungen zum 6. Mai bestimmte. Die Verhandlungen vom 6. Mai zeigten kein Ergebnis; die Unternehmer wollten absolut die Verlängerung der Arbeitszeit durchsetzen, während wir konsequent ablehnten. Eine zum 7. Mai einberufene Mitgliederversammlung beschloß daraufhin, in partielle Streiks einzutreten. Die Folge war, daß die Unternehmer den gesamten Bezirk am 12. Mai aussperrten. Dieser Kampf dauerte 6 1/2 Wochen. Wir setzten mit dem 26. Mai mit einer Verschärfung des Kampfes für Bremen ein, während der Baugewerksbund bei der von ihm eingeschlagenen Taktik verharrete. In diesem Kampf hat sich so recht der Kampfgeist und die Ausdauer unserer Kameraden bewiesen, die trotz der ganz geringen Unterstützung ausharteten, so daß der Wille der Unternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit gebrochen wurde. Statt der Verlängerung der Arbeitszeit mußten die Unternehmer den Achttundentag anerkennen und obendrein ein Lohnzulage von 10 % zugestehen. Aber auch in den Außenbezirken wurde durch weitere örtliche Verhandlungen versucht, die Klassenunterschiede im Lohn auszugleichen, leider gelang es nicht überall. Was die Unternehmer in der Verlängerung der Arbeitszeit allgemein nicht erreichen konnten, verjuchten sie bei den einzelnen Arbeitern durchzusetzen, leider auf manchen Stellen, namentlich im Beton- und Tiefbaugewerbe mit einigem Erfolg, indem hier Leberstunden geleistet wurden. Als die Organisation dahinter kam, erklärten die Unternehmer, es seien freiwillig geleistete Überstunden, die sie als solche nicht mit dem Aufschlag bezahlten. Das Tarifamt Bremen stellte aber fest, daß auch freiwillig geleistete Überstunden mit dem Aufschlag zu bezahlen seien. Leider fanden nun wiederum die Arbeiter nicht den Mut, diese Nachforderung gerichtlich durch die Organisation eintreiben zu lassen. Besonderer Erwähnung bedarf noch die Frage des Platzdelegiertenystems. Auch hierin muß mehr nachgeholfen werden und den Delegierten mehr Rückenstärke durch die Mitglieder geliehen werden, nur dann kann die neue Vereinbarung voll und ganz im Interesse der Mitglieder ausgenutzt werden. In der Ferienfrage versuchten wir die Entscheidung des Haupttarifamtes voll auszunutzen. Das Tarifamt vertrat aber den Standpunkt, daß Ferien nur bis 31. März 1924 gewährt zu werden brauchen. Unsere Mitgliederbewegung blieb ziemlich konstant, wenn auch einzelne infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse uns abtrümmig wurden. Im Laufe des Frühjahrs muß alles versucht werden, sie wiederzugewinnen da wir auch im neuen Jahre vor schwierige Arbeitskämpfe gestellt werden. Besondere Aufmerksamkeit haben wir der Lehrlingsfrage zu widmen, zumal die Unternehmer unsern Einfluß auf die Lehrlingsfrage brechen wollen. Entgegen den Unternehmern, die schon längst wieder über Facharbeitermangel zeteren, zeigt unsere Statistik, daß wir vom August vorigen Jahres an 30 Arbeitslose hatten, eine Zahl, die sich bis zum Winter immer mehr steigerte. Auch beim hiesigen Arbeitsamt benutzte man eine Sitzung, um die Frage zu beraten, wie eventuell dem Facharbeitermangel im Baugewerbe zu begegnen sei. Hier konnten wir mit Recht darauf verweisen, daß ein Mangel an Zimmerern nicht bestehe und auch nicht eintreten werde! So konnten wir auch der Umlernerfrage wie bisher nicht das Wort reden, auch selbst die Unternehmer gaben zu, daß die Erfahrung gelehrt habe, daß die Umlernung nicht der geeignete Weg sei. Wir waren bisher noch immer in der Lage, den Bedarf an Zimmerern hier zu decken. Unsere Mitgliederzahl betrug am Jahresschluß 954, Versammlungen fanden 48, Vorstandssitzungen, inklusive der mit dem Baugewerksbund gemeinsam geführten, fanden 34, Sitzungen mit Behörden über Berufsfragen usw. 6 statt, das Bezirkslehnamt trat 1mal, das Tarifamt 5mal, die Schlichtungskommission 12mal zusammen. Bezirkliche und örtliche Verhandlungen fanden 15, Schlichtungsausschufszugung 1, vor dem gesetz-

lichen Schlichter 2, solche mit den Behörden über Tarifstreitigkeiten 3 statt. Weiter fanden 3 Bezirkskonferenzen, 3 Zahlstellenversammlungen und 8 Lehrlingsversammlungen und 8 Platzdelegiertenitzungen statt. Größere Differenzen waren 68 zu verzeichnen, außerdem Duzende kleinerer Differenzen. Dem Bauarbeiterklub konnte leider nur wenig Zeit gewidmet werden. Ueber unsere finanzielle Lage kann zum Glück gesagt werden daß sich der Kassenbestand von 4,42 \mathcal{M} am Jahresanfang auf 8556 \mathcal{M} gesteigert hat, Ueber die Kassenverhältnisse informieren folgende Zahlen: Die Jahreseinnahme für die Zentralkasse betrug 26 746,44 \mathcal{M} , die Ausgabe 13 795,15 \mathcal{M} . Die Einnahme der Lokalkasse betrug 22 299,27 \mathcal{M} , die Ausgabe 13 742,67 \mathcal{M} gegenüber 15 673,52 \mathcal{M} Ausgabe der Lokalkasse von 1914. Alles in allem kann behauptet werden, daß unsere Kassenverhältnisse bereits stabiler geworden sind, so daß wir mit Ruhe den Verhältnissen entgegensehen können.

Wie die Vertreter der christlichen Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern oft eine fragliche Rolle spielen, beweist folgender Fall. Die am Tarifvertrag für das Baugewerbe beteiligten Arbeiterorganisationen (dazu gehören auch die christlichen Bauarbeiter, wenn ihre Zahl in Bremen auch sehr gering ist) haben mit den Unternehmern des Baugewerbes 1913 einen Tarifvertrag abgeschlossen, der für Wasser- und Hammarlöten sowie für alle damit im Zusammenhang stehenden Arbeiten an, auf, in und über dem Wasser einen einheitlichen Lohn vorsieht. Diese Vereinbarung besteht auch heute noch zu Recht. Die Unternehmer versuchten nun in einem Fall, bei Koffel am Hafen 2, diese Vereinbarung zu durchbrechen, so daß sich das Tarifamt als Schlichtungsinstanz damit beschäftigen mußte. In dieser Sitzung vertrat nicht nur der christliche Vertreter Sauerborn von Bremen den Unternehmerstandpunkt, sondern stimmte auch mit den Unternehmern, wonach die bisher zu Recht bestehenden Vereinbarungen über den Hafen geworfen wurden. Der Zentralverband der Zimmerer wird selbstverständlich diesen Streich eines christlichen Vertreters zu reparieren verstehen. Der Vorgang zeigt aber den Arbeitern wiederum, wie diese „Arbeitervertreter“ Arbeiterinteressen vertreten.

Chemnitz. Eine Mitgliederversammlung am 24. März im Volkshaus beschäftigte sich mit den Reichstarifvertragsverhandlungen und den letzten Lohnverhandlungen. Die Aussprache war eine sehr rege. Die fast einmütige Stellung der Chemnitzer Zimmerer kommt in einer Entschlieung zum Ausdruck, die vom Zentralvorstand fordert, daß er bei der Frühjahrsagitation die Ferienfrage in den Vordergrund stelle und die Zahlstellen- und Gauvorstände anweise, die Ferienfrage in allen Versammlungen im April auf die Tagesordnung zu setzen und an alle Unternehmerverbände eine Forderung, lautend auf 6 Tage Ferien, einzureichen. Dort, wo die Unternehmer Verhandlungen darüber ablehnen, soll, sofern die Arbeitslosigkeit eine gute ist, der Kampf aufgenommen werden. Eine solche Aktion, mit der nötigen Energie geführt, in der Presse durch einen Aufruf unterstützt, würde bewirken, daß es keinen Reichstarifvertrag mehr gibt, in dem nicht jedem Zimmerer die Ferien gesichert sind. Weiter beantragt die Zahlstelle bei dem Gauvorstand, baldmöglichst eine Gaukonferenz einzuberufen, um zur Ferienfrage Stellung zu nehmen. In einer zweiten Entschlieung wird gegen protestiert, daß der „Zimmerer“ bei der Präsidentschaftswahl einseitig für eine Partei Stellung genommen und daß er weiter, wie geschehen, des Ablebens des Reichspräsidenten Ebert gedacht hat.

Freudenstadt. Am 22. März fand im Lokal „Zum Salmen“ eine Versammlung der Zimmerer Freudenstadts und Umgebung statt. Unser Gauleiter Kamerad Schmeminnger referierte über: „Der Kampf der Zimmerer um ihre wirtschaftliche Existenz im kommenden Frühjahr.“ Seinen Ausführungen wurden von den Kameraden großes Interesse entgegengebracht. Bei der sich anschließenden Aussprache wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die Zimmerer Freudenstadts den kommenden Kämpfen ruhig entgegengehen könnten, um so mehr, da sich hier in Freudenstadt kein unorganisierter halten könne oder in Arbeit stehe. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden glatt erledigt.

Samburg. Unsere Zahlstellenversammlung tagte am 31. März in Vans' Gesellschaftshaus. Nach Eröffnung gab Kamerad Steinfeldt bekannt, daß in letzter Zeit die Kameraden Fr. Timm, A. Heijch und G. Ruff verstorben sind. Sie wurden in der üblichen Weise geehrt. Hiernach erstattete Kamerad Steinfeldt den Bericht von den Lohnverhandlungen und führte etwa folgendes aus: Die Verhandlungskommission habe versucht, schon vor dem 1. April zu Verhandlungen zu kommen, da bekannt wurde, daß für das Malergewerbe ein Lohn von 1,20 bis 1,25 \mathcal{M} vereinbart wurde. Unser Antrag wurde von Arbeitgeberseite mit dem Hinweis auf die tariflichen Bestimmungen abgelehnt. Es sollte aber rechtzeitig mit den Verhandlungen zum 1. April begonnen werden. Sie fanden am 26. März statt. Die Forderung der Arbeiter betrug 1,34 \mathcal{M} in der Spitze; aber auch in dieser Verhandlung wurde unsere berechnete Forderung als zu hoch abgelehnt, jedoch vereinbart, daß am 28. März ein Schlichtungsausschuf zusammengetreten soll. Dieser trat sodann unter dem Vorsitz des Landrichters Steinfeldt zusammen. Auch hier wurde unsere Forderung mit Nachdruck vertreten. Nachdem man stundenlang sich auseinandergesetzt hatte, kam folgender Schiedsspruch zustande: Für Zimmerer ist im Lohngebiet 1,17 \mathcal{M} , in 2, 1,14 \mathcal{M} usw. zu zahlen. Diese Regelung läuft bis 30. September; ebenfalls das Lohn- und Arbeitsabkommen. Dieser Spruch wurde von den Arbeitervertretern sofort abgelehnt, da er sowohl in der Lohnhöhe als auch der Zeitdauer unbedingt verbessert werden muß. Der Medar verlas dann nachstehende Resolution und bat um einstimmige Annahme: 1. Die Versammlung erklärt sich mit der Ablehnung des Schiedsspruches durch den Vorstand einverstanden. 2. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, Verbesserungen in der Lohnhöhe sowie vor allen Dingen in der Zeitdauer durchzusetzen, erhält der Vorstand die Vollmacht, in eine partielle Bewegung einzutreten. Die Durchführung wird dem Vorstand überlassen. 4. Poliere und Postengefellen haben die Verpflichtung, im Falle von

Streik und Aussperrung die Arbeit mit einzustellen. In der Aussprache wurde der Schiedspruch einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Alle Redner waren sich darin einig, daß der Schiedspruch unbedingt abgelehnt werden müsse, komme, was da wolle. Im besondern wurde scharf hervorgehoben, daß dann die Vehrungs- und Urlaubsfrage in diesem Sommer nicht geregelt werden könne. Im Schlußwort betonte Kamerad Steinfeldt noch einmal die Gründe, die zur Ablehnung führten und stellte einiges aus der Debatte richtig. Kamerad Rindermann begründete einen Antrag, daß Abstimmung über allgemeinen oder Teilstreit zu erfolgen habe. Kamerad Steinfeldt wandte sich dagegen. In der nachfolgenden Abstimmung wurde der Antrag Rindermann mit großer Mehrheit abgelehnt. Ferner wurde die Resolution des Vorstandes einstimmig angenommen. Kamerad Steinfeldt wies noch darauf hin, daß in den Bezirken im Sinne der Resolution berichtet werde und die Kameraden den Anordnungen des Vorstandes Folge leisten müßten. Dann erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung. Anwesend fehlten die Kameraden: Marquardt, Kreuz, Derboven, Hartig, Wohlfühl, Siebel, Tieland, Buchholz, Morschhäuser, Kadetz, Radzich, Mund, Stölken, Heidorn, Mohr, Timm, Ahlers, Grünig, Neßler, Nemstedt, Berg, Grümmert und Reimers.

Lauban. Zu unserer Versammlung am 19. März war der Gauleiter Köhler erschienen; er sprach über: „Unser Zentralverband und sein Wirken in bezug auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Zimmerer Deutschlands“. Nach einem kurzen Rückblick auf die Entstehung unseres Verbandes sowie die verschiedenen Gegenwirkungen und Schwierigkeiten in seiner Entwicklung behandelte er den Aufstieg nach der Revolution sowie den Rückgang im Jahre 1923, um sodann die jetzige, wieder vollständig festgefugte Lage unseres Verbandes zu betonen. Die Streikunterstützung wurde erhöht, die Kranken- und Erwerbslosenunterstützung wieder eingeführt, auch die durch unsere Vertreter geführten Lohnverhandlungen bringen, wenn auch nur in geringem Maße, Verbesserungen unserer wirtschaftlichen Lage. Die Vorteile sind so ins Auge springend, daß es für die abseitsstehenden Zimmerer einfach beschämend sei, wenn sie sich der Organisation noch nicht angeschlossen haben. Besonders den jungen Kameraden müsse ans Herz gelegt werden, sich in erster Linie der Gewerkschaftsbewegung zu widmen; denn nur mit Hilfe dieser könnten wir die Mittel und Zeit finden, um auch anderen Neigungen nachgehen zu können. Sodann folgte der Lohnbericht. Vom 13. März an beträgt der Stundenlohn 66 h , vom 16. April an 70 h , Ueberstunden einschließlich der „eanten Stunde“ 20 %, Nacht- und Sonntagsarbeit 50 % Zuschlag, Vanzulage über 6 km 2 h , Auslösbewertung täglich 3 Stundenlöhne. Dieses Abkommen läuft bis zum 2. Juli bei vierwöchiger Kündigung. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme.

Miesbach. Am 1. Februar fand im Gasthaus „Prinzenweg“, Schliersee, nach vorheriger reichlicher Agitation eine Agitationsversammlung statt, in der 24 Kameraden anwesend waren. Als Referent war vom Gauvorbund Kamerad Reibberger, München, anwesend. Er schilderte in sachlicher Weise die Bewegungen des Zentralverbandes. Daß die Worte nicht umsonst verlaugt, beweist, daß die Schlierseer Kameraden, die vor länger als einem halben Jahr dem Zentralverband den Rücken gefehrt hatten, sich wieder dem Zimmererverbände anschlossen. Es folgte dann eine sehr lebhaft diskutierte zum Referat und man merkte, daß die Kameraden wieder mehr Interesse aufbringen für unsern Zentralverband. Nach verschiedenen Fragen und Antworten wurde hauptsächlich betont, daß die Lohnfrage und die Ortsklassenerhöhung für Miesbach und Schliersee in Angriff genommen werden müsse und ebenfalls das Schmerzenskind, die Werkzeugzulage, worüber umgehend Stellung genommen wurde, müsse zur Durchführung kommen. Nach den Schlußworten des Kameraden Reibberger schloß Vorsitzender Bößinger die Versammlung. Eine Mitgliederzunahme von 6 Kameraden war ihr Ergebnis.

Eine weitere Agitationsversammlung fand am 20. Februar in Alt-Wiesee im Gasthaus „Schnitz“ statt. Der zweite Vorsitzende Seifritzberger hatte sie nach vorheriger mühevoller Agitation einberufen. Gauleiter Schönamsgruber aus München war anwesend, außerdem 11 Kameraden. Die Tagesordnung lautete: 1. Lohnverhandlungen am 17. Februar 1925 in München. 2. Stand und Beweggründe zur Organisation. 3. Verschiedenes. Kamerad Schönamsgruber referierte über die ersten beiden Punkte der Tagesordnung. Die sehr sachlichen Worte des Redners fanden auch bei den anwesenden Kameraden Anklang, die uns bisher fernstanden, und 3 Mitglieder, die beim Bauarbeiterverband waren, konnten wir auf unser Konto setzen. Alle anwesenden Kameraden waren überzeugt, daß es auch hier in diesem Winkel von Wiesee notwendig war, eine Hilfszahlstelle zu errichten, die dank der unermüdbaren Tätigkeit des Kameraden Seifritzberger von Woche zu Woche an Mitgliedern zunimmt, woraus man erkenne, daß diese Mühe nicht umsonst ist.

In einer weiteren Agitationsversammlung am 27. Februar im gleichen Orte, war ebenfalls Kamerad Schönamsgruber, München, anwesend. Er gab bei Beginn der Versammlung seinen Freude Ausdruck, daß sich die Zahl der heute anwesenden Kameraden um 100 % erhöht habe und auch diesmal verfehlte Kamerad Schönamsgruber nicht, als Kern seiner Ausführungen zu sagen, wenn unsere Kameraden einigermaßen Interesse für unsere Bestrebungen hätten, auch für diese Orte hier günstigere Tarifabschlüsse zu erzielen seien. Leider beteiligten sich die Kameraden sehr wenig an der Diskussion. Wir werden aber den Mut nicht sinken lassen und immer wieder frisch ans Werk gehen. Nach ermunternden und mahnenden Schlußworten des Gauleiters Schönamsgruber schloß Kamerad Seifritzberger die von 19 Kameraden besuchte Versammlung.

Schweidnitz. Am 6. März fand unsere ordentliche Mitgliederversammlung im Lokal „Zum Schwarzen Hahn“ statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Der Stand der Lohnverhandlungen. 2. Verschiedenes. Gauleiter Kamerad Schmidt hielt uns über den ersten Punkt einen längeren Vortrag. Er stellte die Sachlage in ausführlicher Weise

dar. Durch das Rundschreiben sei bekanntgeworden, daß die Kündigung des Lohnabkommens erfolgen könne; auch hätten wir beantragen können, daß örtlich verhandelt würde. Der Arbeitgeberbund sei uns aber zuvorgekommen und habe die Lohnverhandlung bezirklich verlangt, jedenfalls in dem Glauben, dadurch weniger Zugeständnisse machen zu müssen. Aber nach Ansicht des Redners werde das kaum möglich sein; denn durch das Klassensystem sei die Entlohnung in den Orten einesteils ganz gut geregelt, aber schlecht durchführbar. Die Klassen sind folgende: 1. Klasse 80 h , 2. Klasse 70, 3. Klasse 65, 4. Klasse 60 und die 5. Klasse 55 h . Wir kämen somit in die 2. Klasse. Kamerad Schmidt schloß seinen Vortrag mit dem Wunsch, daß wir das erzielen möchten, was uns zusteht. Anschließend folgte die Wahl eines Delegierten zu der Lohnverhandlung am 10. März in Breslau. Kamerad Blüchmann ging aus der Wahl hervor. In „Verschiedenes“ wurde der hohe Beitrag bemängelt. Aber laut Verbandsratsbeschlusses heißt es, daß ein Stundenlohn an die Zentrale zu leisten sei. Kamerad Schmidt betonte hierzu, daß wir den Verbandsratsbeschlusses nicht abändern könnten. Zum Schluß der Versammlung erfolgte noch eine Aussprache über das am 21. Februar abgehaltene Frühjahrsvergängen. Es wurde Beschwerde geführt, daß verschiedene Kameraden keine Einladung erhalten hätten. Das Vergnügen erzielte eine Einnahme von 61 h und eine Ausgabe von 84 h , mithin ist der Lokalkasse ein Defizit von 23 h entstanden. Bei der Versammlung wurde beschlossen, den Betrag zur Deckung des Defizits der Kasse zu entnehmen.

Ziegenhals i. Schl. Hier fand am 22. März eine Zimmererverversammlung statt, um die Zahlstelle, die durch den Krieg und die Nachkriegszeit an Mitgliedern und damit an Widerstandskraft eingebüßt hat, wieder aufzurichten. Der Gauleiter erstattete Bericht von den letzten Lohnverhandlungen; diese sind, da die Unternehmer nur eine Zulage von 6 h mit einer Bindung bis Ende Juni anboten, gescheitert. Nebenfalls hat der Streik in Reife bis jetzt die Wirkung gehabt, daß der Brieger Arbeitgeberbund in Verhandlungen eintreten mußte. Wenn bei den Verhandlungen am 23. März nicht erklärt werden soll, daß wir an Ziegenhals kein Interesse haben, dann muß versucht werden, alle Kameraden wieder dem Verbandsrat zuzuführen. Anschließend wurden Vorstand und Revisoren gewählt und außerdem Unterkassierer für die einzelnen Waugeschäfte. Die Mitgliederversammlungen sollen künftig immer an Wochentagen stattfinden. Da der Ortsausschuß auch wieder in Funktion getreten ist, wurde der Zahlstellenvorsitzende, Kamerad Josef Winkler, als Vertreter bestimmt. Eine längere Debatte entspann sich noch über diejenigen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen über Gebühr im Rückstand sind und solche, die erneuert werden müssen. Die Versammlung beschloß hierzu, daß, wer seine Rückstände nicht bis zum Schluß des zweiten Quartals in Ordnung hat, sich erneut aufnehmen lassen muß. Solche Eintretende haben neben der statutarischen Aufnahmegebühr noch 5 h zu zahlen. Zum Schluß befaßte sich die Versammlung noch mit dem Platz vom Baumeister Heu, dort halten sich die meisten Unorganisierten auf. Es soll dahin gewirkt werden, daß sie sich wieder mit uns verbinden.

Gewerkschaftliche Rundschau.

An die Arbeiterschaft der Welt richtet der 3. Weltkongreß der Bäcker- und Konditoreiarbeiter den dringenden Appell, den Kampf der Bäcker- und Konditoreiarbeiter für die endgültige Beseitigung der fluchwürdigen Nachtarbeit wirksam zu unterstützen. Seit einem Jahrhundert führen die Bäckerarbeiter einen ununterbrochenen Kampf gegen die Nachtarbeit in den Bäckereien. Der Kampf brachte vor circa 20 Jahren die ersten positiven Erfolge. Die Nachtarbeit wurde zuerst in einigen nordischen Staaten, dann später während des Krieges auch in den mitteleuropäischen und einigen Ueberseestaaten verboten. Rund 20 Staaten kennen heute das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit. Diese wichtige Erungenschaft der Bäckerarbeiter soll der Profitgier des Kapitals zum Opfer fallen.

Im Jahre 1924 tagte in Genf die 6. Internationale Arbeitskonferenz. Mit 73 gegen 15 Stimmen erklärte sich die Konferenz für eine die Nachtarbeit verbietende Konvention. Die Auffassung der Konferenzteilnehmer war die, daß die Nachtarbeit in den Bäckereien und Konditoreien aus hygienischen, moralischen wie auch aus Gründen der Gerechtigkeit verboten werden müsse. Die 7. Internationale Arbeitskonferenz, die im Mai dieses Jahres in Genf abgehalten wird, soll die Konvention in zweiter und letzter Lesung verabschieden.

Zurzeit richtet sich die Macht des gesamten Unternehmertums gegen den Erlaß eines internationalen gesetzlichen Verbotes der Nachtarbeit. Der Vorstoß des reaktionären Unternehmertums hatte insofern Erfolg, als sich einige Regierungen dazu bestimmen ließen, Abänderungsanträge einzureichen, die auf eine Aufhebung des Verbotes der Nachtarbeit hinauslaufen. Gelingt es den Unternehmern, im Verein mit den von ihnen gewonnenen Regierungsvertretern das Zustandekommen einer Zweidrittel-Mehrheit bei der 7. Internationalen Arbeitskonferenz zu verhindern, dann ist das gleichbedeutend mit einem Zurücktreten der Bäckerarbeiter in das Sklavenjoch der Nachtarbeit.

Kameraden! (so schließt der Ausruf) Gegen die Gefahren müßt Ihr ankämpfen. An Euch liegt es, vereint mit den Bäckerarbeitern auf die Regierungen Eurer Länder und auf die Konventionen einen Druck auszuüben. Die Regierungen müssen aufgefordert werden, ihre Vertreter anzuschicken, in Genf für die Konvention zu stimmen. Den Konventionen müßt Ihr begreiflich machen, daß das Gesamtwohl der Bevölkerung aus Gründen des nackten Profits nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Wenn Ihr in diesem Sinne arbeitet, dann erweist Ihr der Arbeiterschaft einen großen Dienst. Hoch die Solidarität der Arbeiterklasse! Nieder mit der Reaktion!

Ein neues Grubenunglück im Ruhrgebiet. Am 4. April ist auf der Zeche Mathias Stinnes I und II bei Essen der mit 70 Mann besetzte Förderkorb in den 650 m

tiefen Schacht hinuntergestürzt. 10 Mann sind tot, alle übrigen mehr oder weniger schwer verletzt. Die Ursachen des Unglücks sind noch nicht völlig aufgeklärt. Die Fördermaschine soll modern angelegt und erst seit 6 Monaten in Betrieb sein. — Jeder Tag fordert neue Opfer im Bergbau. Sollte es nicht endlich genug und möglich sein, derartige Unfälle zu verhüten? Aber die Opfer sind nur Arbeiter und Arbeiterknochen sind billig.

Von der Reichspräsidentenwahl liegt das amtliche Ergebnis vor, das allerdings noch als vorläufiges bezeichnet wird. Danach sind am 29. März 26 856 002 gültige Stimmen abgegeben worden, und zwar für Braun (SPD.) 7 798 346, Held (Bayr. Volkspartei) 1 006 790, Dr. Hellpach (DDP.) 1 567 197, Dr. Jarres (Rechtsblock) 10 408 865, Ludendorff (völkisch) 284 975, Marx (Zentrum) 3 884 877, Thälmann (KPD.) 1 871 207, zerplittert 34 245.

Deutsche Heimarbeit ausstellung in Berlin. Die Gesellschaft für soziale Reform veranstaltet mit Hilfe der Gewerkschaften vom 28. April bis 15. Mai in den Landesausstellungshallen am Lehrter Bahnhof in Berlin eine große Heimarbeit ausstellung. Ihr Zweck ist eine objektive Darstellung der heutigen Verhältnisse in der Heimarbeit. Keine einseitige Glendausstellung soll geboten, ebensowenig aber sollen vorhandene Mißstände beschönigt werden. Die großen Fortschritte, die weniger durch die Gesetzgebung als durch die gewerkschaftliche Selbsthilfe auf dem Gebiete der Heimarbeit errungen worden sind, sollen voll zum Ausdruck kommen und dem unorganisierten Teile der Heimarbeiterschaft zeigen, was die Selbsthilfe vermag. Indem aber auch schlechte Zustände aufgedeckt werden, soll zugleich ein Ansporn zu gewerkschaftlicher und gesetzgeberischer Weiterarbeit gegeben werden.

Die Ausstellung ist aber nicht bloß für Heimarbeiter veranstaltet. Möglichst viele Arbeiterkreise sollen sich durch den Besuch der Ausstellung über die Zustände in der Heimarbeit unterrichten und dadurch erkennen, daß sie den Heimarbeitern Interesse und Solidarität schulden.

Liberaler Hege gegen die Arbeiter. Herr Dr. Gothein war in seinen besten Jahren liberaler Parlamentarier, und eine Zeitlang sogar in einem sozialdemokratischen Kabinett Minister. Jetzt gefällt er sich darin, in den Stinneszeitungen gegen die Begehrlichkeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu schreiben. In der Nummer vom 1. April der Industrie- und Handelszeitung verbricht er einen Artikel unter der kategorischen Ueberschrift: „So kann es nicht weiter gehen!“ Dort wettet er gegen den Schiedspruch, der den Eisenbahnerstreik beendete und gegen die Lohnforderungen der Vergarbeiter, der Postbediensteten und der Arbeiter im allgemeinen. Gothein erinnert an den Kreislauf: Lohnherhöhung—Preiserhöhung, die sogenannte Schraube ohne Ende und schreibt dann: Die Arbeitnehmer haben unendlich viel mehr von einer Ermäßigung der Preise ihrer Lebensbedürfnisse als von steigenden Löhnen. Die letzteren führen — wenn sie nicht von steigender Arbeitsleistung begleitet sind — und das sind sie leider nicht gewesen — mit Notwendigkeit zur Hebung des Preisniveaus. — Wir kennen die Weise, kennen den Text... Demgegenüber haben sich die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten, wie die Vergangenheit zeigt, mit geradezu heroischer Entschlossenheit mit niedrigen Löhnen begnügt, ohne von einem nennenswerten Preisabbau etwas zu merken. Ihr Lebensniveau sank teilweise unter den eines chinesischen Kulis, mit dem Ergebnis, daß die ausländischen Arbeiter berechnete Klagen über das soziale Dumping führten. Doch die Preise waren trotz alledem erschreckend hoch. Von allen Bemühungen der Regierung zur Senkung der Preise hörte und sah man nichts. Da soll die Arbeiter- und Angestelltenchaft noch an das Märchen glauben, daß niedrige Löhne ein erhöhtes Lebensniveau für die arbeitende Bevölkerung nach sich ziehen? Nein, das kann man selbst der gutgläubigen deutschen Arbeiterschaft nicht zumuten. Doch wenn Herr Gothein sogar noch gegen die Schlichtungsinstanzen heßt, dann erklimmt er den Gipfel der Skrupellosigkeit. Zum Schluß erkühnt sich der Herr Vergat, folgendes zu schreiben: „Die öffentliche Meinung muß sich daher reif machen, solchen Begehren gegenüber Front zu machen, und das Publikum muß einmal die ganzen Unbilden und Lasten, die ein großer Streik mit sich bringt, auf sich nehmen, bis er gescheitert ist. Das mag hart erscheinen; aber ein gefährliches Geschwür heilt man nicht mit weißer Salbe, sondern mit dem Messer des Operateurs... Wer sich nicht zur Einsicht durchzuringen die Kraft hat, muß sich an den Stacheln der rauhen Tatsachen zurechtfinden.“ Es lohnt sich nicht, gegen solche Scharfmachereien zu polemisieren. Es genügt, sie niedriger zu hängen. Herr Gothein gehört zu jenen Leuten, die sich ehemals auf ihre liberale Gesinnung etwas zugute taten, nun aber froh sind, den Weg zu den gefüllten Fleischtöpfen des Großkapitals wiedergefunden zu haben. Lassen wir sie laufen und kämpfen wir weiter für hohe Löhne und Gehälter!

Unstunne Tariferhöhungen. Infolge der Bewegung der Eisenbahner bequeme sich die deutsche Reichseisenbahngesellschaft dazu, die durchaus unzureichenden Löhne um 3 h pro Stunde zu erhöhen. Diese Erhöhung macht im Jahre höchstens 25 bis 26 Millionen Mark aus. Jedoch ist anzunehmen, daß sich diese Summe, da die Reichseisenbahn den Personalabbau fortsetzt, noch bedeutend erniedrigen dürfte. Angesichts der Entwicklung der Finanzverhältnisse der Reichseisenbahn wollen diese paar Millionen wirklich nichts besagen und doch werden sie zum Anlaß genommen, gerade die Zeitarten bedeutend zu verteuern. Außerdem kommen die Ermäßigungen bei Gesellschaftsfahrten in Fortfall, wovon besonders auch die Jugendwanderungen betroffen werden. Gegen die letztere Maßnahme hat der Ausschuß der Deutschen Jugendverbände bereits Schritte unternommen, von denen man nur wünschen kann, daß sie Erfolg haben. Bisher betrug die Fahrpreisermäßigung für Jugendwanderungen 50 %; nach dem 1. April soll sie nur noch 33 $\frac{1}{2}$ % ausmachen.

Durchweg werden von der Tarifierhöhung wieder einmal die Massen getroffen, die ohnehin mit ihren spärlichen Löhnen nicht auskommen. So wird vor allem der Vorortverkehr in Berlin und Hamburg ganz bedeutend verteuert. Für die Belastung kommen zum Beispiel in Berlin Hunderttausende von Arbeitern in Frage, die im letzten Jahre stark unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gelitten haben. Die Belastung wird für diese Leute doppelt schwer sein, weil die Hochbahn eine Preiserhöhung von rund 30 % bereits früher vorgenommen hat. Die Fahrkosten des Arbeiters, der, um seine Arbeitsstelle zu erreichen, Vorortbahn und Hochbahn benutzen muß, machen bereits einen wesentlichen Bruchteil des Wochenlohnes aus.

Weiter wird es angesichts der steigenden Belastung im Kleinverkehr unbedingt notwendig, einmal auf ganz bestimmte Folgen hinzuweisen: Jahrelang hat man Arbeiter, kleinen Beamten und Angestellten gepredigt, das Häusermeer der Städte zu verlassen und in der Umgegend der Großstädte zu siedeln. Diese Siedlungspolitik war richtig und Hunderttausende genießen heute den Vorteil der besseren Wohnung auf dem Lande. Viel soziales Gland und viele böse Einwirkungen der Großstadt werden so von dem Nachwuchs abgehalten und eine bodenständige Generation, die den Aufstieg des Staates verbürgt, geschaffen. Das Werk bedroht aber eine unsoziale Preisgestaltung im Kleinverkehr. Angesichts der steigenden Mieten und der Fahrkosten ist es vielen kleinen Existenzen gar nicht mehr möglich, sich den Luxus zu leisten, an der Peripherie der Großstadt zu wohnen, und es stellt sich immer mehr und mehr heraus, daß bei vielen dieser kleinen Siedler sich die Notwendigkeit eingestellt hat, neue Wohnung, wenn auch eine schlechtere, wieder in der Großstadt selbst zu suchen, da die Fahrkosten nicht mehr zu erschwingen sind. Diese Tatsache sollte doch bei der Preisgestaltung der Reichseisenbahn, die tatsächlich die Besessenen ungeschoren läßt und nur auf Kosten der kleinen Existenzen durchgeführt wird, zu denken geben.

„Erfolg“ der Wucherzinsen. Als vor einigen Wochen die Firma Karstadt A.-G. Hamburg in einem Prospekt erklärte, daß sie im Jahre 1924 an Gewinn mehr als ihr gesamtes Aktienkapital erzielt habe, erregte das überall die größte Aufmerksamkeit. Seitdem hat nun eine Reihe von Firmen ihre Geschäftsberichte veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß das Beispiel der Karstadt A.-G. gar nicht vereinzelt dasteht. Wir finden in vielen Bilanzen Rohgewinne ausgewiesen, die stark an die Höhe des Aktienkapitals herangehen oder dieses übertreffen. Es erzielte die agrarisch eingestellte „Bank für Produktionshandel A.-G.“ bei 121 000 M Kapital soviel Reingewinn, daß sie das Entschädigungskonto von 131 157 M abtragen und dazu noch 5 bis 6 % Dividende verteilen konnte.

Im folgenden geben wir eine Gegenüberstellung des Aktienkapitals (ohne Reserve) und der Rohgewinne von 1924 und 1913 bei einigen größeren Banken.

	Aktienkapital		Rohgewinn	
	1924	1913	1924	1913
Deutsche Bank	150	200	126,6	68,3
Diskontogesellschaft	100	200	65,8	39,3
Dresdner Bank	78	200	76,7	43,2
Damat	60	250	75,9	38,7
Commerz- und Privatbank ..	42	145	59,3	24,0

Die Steigerung des Rohgewinns bei bedeutend niedrigerem Kapital erklärt sich durch den bekannten Zins- und Provisionswucher. Dabei sind aber auch die Unkosten der Banken ganz enorm gewachsen; sie betragen im Jahre 1924 gegenüber 1913 in Prozenten bei der Deutschen Bank 74,2 gegen 40,2, bei der Diskontogesellschaft 75,5 gegen 32,5, bei der Dresdner Bank 79,7 gegen 33,5, bei der Damat (Darmstädter und Nationalbank) 81,2 gegen 43,9 und bei der Commerz- und Privatbank 83,2 gegen 45,3. Durch steuerliche Belastung kann diese Erscheinung nicht erklärt werden, denn diese steigerte sich in Prozenten zum Beispiel bei der Deutschen Bank im Jahre 1924 gegenüber 1913 nur von 5,3 auf 7,3, bei der Damat von 4,8 auf 6,8, und blieb sich unter anderem bei der Dresdner Bank mit 5,2 % gleich. Auch Angestellte und Löhne können für die Vermehrung der Unkosten unmöglich in Frage kommen, denn gerade die Banken haben einen sehr scharfen Beamtenabbau vorgenommen und in der Bilanzierung der Deutschen Bank wurde von der Verwaltung der Bank angegeben, daß die Löhne für die Angestellten ungenügend sind.

Es muß also in unserm Bankapparat eine Ueberzeugung vorliegen, die sich nur aus den Inflationsgewohnheiten erklärt. Sicher ist, daß unsere Banken mit diesen hohen Unkosten unmöglich weiterarbeiten können. Deshalb erscheint es unbedingt notwendig, auf gewissen Gebieten unser Bankwesens Vereinigungen vorzunehmen, wie sie bei den Angestellten vorgenommen worden sind, um so wieder zu erträglichen Zinssätzen und genügenden Löhnen zu kommen.

Stahlhelmbund und nationale Gewerkschaft. Zwei Sumpfpflanzen, die zu einander passen. Der Stahlhelmbund schießt besonders in Braunschweig üppig ins Kraut. Er kann dort sogar eine Anzahl Bauten ausführen lassen, wobei die Unternehmer, denen die Ausfühung übertragen ist, für alle Maurer und Zimmerer die Zugehörigkeit zum Stahlhelmbund zur Bedingung machen. Sie wenden sich nun heute an alle Ortsgruppen im Reiche in der Absicht, in Braunschweig eine sichere Domäne des Bundes zu schaffen. Unsere Kameraden tun gut daran, wenn sie darauf sehen, daß diese Absichten beizeiten zer schlagen werden. Kürzlich ist Braunschweig auch mit einer „nationalen“ Gewerkschaft beglückt worden, und zwar, wie die nationalistische Presse zu berichten weiß, „auf dringende Bitte vieler Kameraden aus Arbeiterkreisen, die unter dem Terror der angeblich parteipolitisch neutralen, in Wirklichkeit aber vollkommen im roten Fahrwasser schwimmenden freien Gewerkschaften schwer zu leiden haben.“ Diese „dringende Bitte“ ist natürlich frei erfunden, solche „Kameraden“ aus Arbeiterkreisen, die ein Bedürfnis für derartige „Gewerkschaften“ haben, gibt es in Braunschweig nicht; sie entstammen anderen Kreisen. Die nationale Gewerkschaft ist, wie das nicht anders zu

erwarten ist, groß im Versprechen. Sie fordert alle nationalen Arbeiter, die bisher aus wirtschaftlichen Gründen sich gezwungen fühlten, einer freien Gewerkschaft anzugehören, auf, aus dieser auszutreten und sich der nationalen Gewerkschaft anzuschließen, „die schon dafür sorgen wird, daß sie wirtschaftlich keinen Schaden durch ihren Austritt erleiden.“ Wir sind sicher, daß überzogene freie Gewerkschafter auf diesen Schmus nicht hereinfallen. Außenleiter aber hat es immer gegeben; sie sind für die „nationale“ Gewerkschaft noch immer gut genug.

Das ungaßliche Bregenz. In Bregenz (Oesterreich) arbeitete bei der Firma Witschauer & Neher seit 2. September vorigen Jahres der Zimmerer Anton Mahr aus Schwangau in Bayern. Am 28. Februar dieses Jahres wurde er entlassen. Die Firma stellte ihm ein tadelloses Zeugnis aus, worin sie am Schlusse bemerkte: „Herr Mahr scheidet aus unsern Diensten wegen dringender Anforderung der Bezirkshauptmannschaft Bregenz, das Land sofort zu verlassen, da die inländischen Arbeitsposten mit eigenen Arbeitslosen besetzt werden müssen.“

Wir können nicht annehmen, daß ein derartiges Verfahren üblich werden soll, sondern glauben, daß es sich hier um einen Mißgriff handelt. Deshalb ist auch wohl nicht zu befürchten, daß Bayern sich revanchieren wird. Gelegenheit dazu hätte es; denn es arbeiten fraglos mehr Oesterreicher in Bayern als Bayern in Oesterreich. Das könnte auch die Bezirkshauptmannschaft Bregenz wissen; sie sollte daher Anlaß nehmen, ihren Schritt baldigst wieder gutzumachen.

Im Verband der Maler wird vom 2. bis 10. Mai eine Urabstimmung über die Verschmelzung mit dem Baugewerksbund stattfinden. Die Urabstimmung ist vom letzten Verbandstag beschlossen worden; die erforderlichen Vorverhandlungen mit dem Baugewerksbund sowie mit dem Metallarbeiterverband und Holzarbeiterverband, die eventuell für die Ladirer als zuständige Organisationen in Frage kämen, sind abgeschlossen. Jetzt sollen die Mitglieder entscheiden. Beirat und Vorstand des Malerverbandes haben sich bekanntlich in einer Sitzung im Herbst vorigen Jahres für die Erhaltung des Verbandes und gegen die Verschmelzung entschieden.

Stimmen aus Amerika. Uns sind zwei Schreiben zugegangen, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Das erste Schreiben kommt aus Legansport (N. S. A.) von einem früheren Mitglied der Zahlstelle Spandau. Darin heißt es: Seit einigen Wochen bin ich in Amerika, im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, mit meiner Familie im Staate Indiana, 100 Meilen von Chicago entfernt. Da der Kälte wegen schlecht Arbeit zu finden war, bin ich nach Legansport, 100 Meilen südlicher, gegangen und habe schöne Arbeit gefunden. Hier wird jetzt schon 9 Stunden gearbeitet (im Februar). Organisiert ist hier niemand und bezahlt wird nach Gunsten des Unternehmers, 80 bis 120 Cents pro Stunde. Mit der Ordnung auf der Arbeitsstelle ist es hier schlecht bestellt. Morgens braucht niemand den Arbeitsbeginn, um 7 Uhr, anzugehen. Kommt man um diese Zeit an, dann sagt und hämmert es im Bau (ein großes Hotel) schon an allen Ecken. Mittags und abends kann sich niemand von der Arbeit trennen. Eine Unmenge Werkzeug bringt jeder einzelne mit nach dem Bau. Alles in allem, die Verhältnisse sind hier viel anders als in Deutschland, so daß es schwer halten wird, sich daran zu gewöhnen. Was mich bewegt, Euch zu schreiben, ist folgendes: Ich bin seit 1905 Mitglied des Verbandes, erfahre jetzt wenig aus der Heimat und aus unserer Organisation. Darum stelle ich das freundliche Ersuchen, mir allwöchentlich den „Zimmerer“ nach hier zu senden.

Das nachstehende Schreiben eines früheren Mitgliedes der Zahlstelle Hamburg, kommt aus Brasilien. Der Kamerad teilt mit, daß er nach manchen Irrfahrten nunmehr in Brusque gelandet und als Handwerker in einer Gardinenfabrik beschäftigt ist. „Befomme als Lohn 150 Milreis monatlich, was hier viel Geld, jedoch für mich noch ungenügend ist. Arbeiter bekommen hier 3 bis 4 Milreis, und Handwerker 7 bis 8 Milreis täglich. Da es aber viel Regen und Feiertage gibt, stehe ich mich im Monatslohn immer noch besser. Der Lebensunterhalt ist hier leichter zu ertragen für den, der arbeiten mag. Aber die Zimmerarbeit fällt einem hier schwer, so daß ich zu dem Entschluß gekommen bin, nicht mehr als Zimmermann zu arbeiten; denn als solcher ist man ein ganz gewöhnlicher Mensch, die Bauherren haben zu einem Kolonisten, der keine Schule besucht hat, mehr Vertrauen, als zu einem frisch Eingewanderten. Wir sind ihnen zu flug; und zweitens wird hier saumäßige Arbeit geleistet. Gute Arbeit ist zu teuer. Und wenn man sich recht überlegt, wie billig wird hier die Bauarbeit. Einen Bauplatz in einer kleinen Stadt von 1000 qm bekommt man schon für ein Konto von 300 Milreis. Teurer wird aber das massive Haus auch nicht. Gemauert wird hier allerdings alles aus Halbftein. Das harte Holz muß alles mit dem Breitbeil bearbeitet werden. Daß das Handwerk goldenen Boden hat, davon merkt man nichts. Dabei gibt es keine Schutzgesehe, keine Krankenkasse; es gibt keine Gesetzesbestimmung, die den Arbeiter zu schützen vermöchte. Bist Du Gottes Sohn, so hilf Dir selber, ist hier Grundsatz. . . . Ich habe die Absicht, noch einmal weiter nach einer Großstadt zu kommen und zu sehen, ob man nicht mehr verdienen kann. Da besteht auch die achtstündige Arbeitszeit, während hier 10 bis 10½ Stunden, außer Sonnabends, gearbeitet werden. . . . Hier lernt man erst die Heimat schätzen. Sorgt dafür, daß Propaganda gegen die Auswanderung entfällt wird; hauptsächlich in der Presse, und auch im „Zimmerer“ muß das geschehen. Vor allen Dingen seid Euch einig in Eurer Gewerkschaft, denn das ist von größter Wichtigkeit, eine Möglichkeit, die hier noch ganz und gar fehlt.“

Sozialpolitisches.

Unternehmerhunger nach Siedlungshäusern. In den letzten Jahren wurden, um die Kohlenproduktion in Deutschland zu fördern, in den Kohlenrevieren zahlreiche

Siedlungshäuser für Bergleute errichtet. Dieser Wohnungsbau wurde durch eine Abgabe von der gefördertsten Kohle finanziert. Mit der Stabilisierung ist eine Neuordnung in Kraft getreten, durch die die Kohlenabgabe fortgefallen ist. Damit hat der Bau von Bergmanns-Siedlungshäusern ein Ende erreicht. Die bestehenden Treuhandstellen aber haben weiter die Verpflichtung, für die Erhaltung dieser Häuser und Siedlungen zu sorgen. Da aber die Mittel aus der bisherigen Kohlenabgabe nicht mehr fließen, sind die Treuhandstellen hier und da in geldliche Schwierigkeiten geraten. Dabei war zu beobachten, daß die Unternehmer diese Schwierigkeiten auszunutzen versuchten, um die Siedlungshäuser in ihren Besitz zu bringen. Im großen und ganzen entspricht das ja der Politik der deutschen Industriellen, die Werkangehörigen auch in Werkwohnungen wohnen zu lassen, um größeren Einfluß auf sie auszuüben. Dieser Einfluß macht sich dann regelmäßig bei Streiks usw. durch einen gewissen Druck bemerkbar. Während des großen Bergarbeiterstreiks in Westfalen vor dem Kriege ist es dabei zu recht brutalen Kündigungen der Wohnungen in kürzester Frist gekommen.

Wie die Verlegenheit der Treuhandstellen ausgenutzt wird, zeigte vor kurzem ein Fall in Mitteldeutschland. Dort hat die mitteldeutsche Treuhandstelle in der Nähe des Michel-Konzerns eine Siedlung mit ungefähr 140 Wohnungen errichtet. Die Häuser lagen in kleinen, finanzschwachen Gemeinden, die an den Bau der Wohnungen die Bedingung knüpften, daß auch für die notwendig werdenden Schulhausbauten die erforderlichen Zuschüsse geleistet werden müßten. Der Treuhandstelle fehlten aber infolge Fortfalls der Kohlenabgabe die erforderlichen Mittel, und die Situation spitzte sich so weit zu, daß der Preis, um in den Besitz der Baumittel zu kommen, mit der Zwangsversteigerung drohte. Es handelte sich um eine Summe von rund 250 000 M. In diesem Augenblick erbot sich der Michel-Konzern, der zu 50 % in der Siedlungsgesellschaft vertreten ist, so viel Siedlungshäuser zu erwerben, daß die Schulneubauten ausgeführt werden könnten. Sie boten aber für eine Wohnung circa 1500 M, obwohl der Herstellungspreis ungefähr 8000 M betrug. Hätte man das Kaufgebot des Michel-Konzerns angenommen, so wäre das der Anfang des Ueberganges der Siedlungshäuser in den Privatbesitz gewesen. Im letzten Augenblick konnte das dadurch verhütet werden, daß das Reich aus dem für Schulhausbauten zur Verfügung stehenden Fonds einen Betrag von 70 000 M zur Verfügung stellte. Der Rest der Bausumme wird als Anleihe vom Michel-Konzern unter der Bedingung gegeben, daß nur Belegschaftsmitglieder des Michel-Konzerns die Häuser bewohnen dürfen.

In diesem Falle ist es gelungen, den Plan auf Erwerbung von Siedlungshäusern durch die Privatindustrie zu vereiteln. Es bedarf aber sorgfältigster Wachsamkeit, um zu verhüten, daß dieser Plan auf Umwegen dennoch durchgeführt wird.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Versicherten in der Krankenversicherung. Nach der deutschen Reichsverfassung gehört es zu den Aufgaben des Reiches, ein einheitliches Versicherungsrecht unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten zu schaffen. Bis jetzt hat allerdings das Reich in dieser Beziehung sehr wenig getan. Das zeigt deutlich das Beispiel der Krankenversicherung. Hier haben wir mit ganz geringen Ausnahmen im wesentlichen noch die Zustände, wie sie vor dem Kriege herrschten. Von maßgebender Mitwirkung der Versicherten ist im allgemeinen nur in den Ortskrankenkassen und in den Landkrankenkassen die Rede. Bei den andern geschlichen Kasienarten, den Betriebs- und Innungskrankenkassen ist teilweise noch nicht einmal die Gleichberechtigung zwischen Versicherten und Arbeitgebern durchgeführt. Zum Beispiel hat der Arbeitgeber in der Betriebskrankenkasse das Recht, ständig den Vorsitzenden der Kasse zu stellen, während die Versicherten davon ausgeschlossen sind. Wenn man berücksichtigt, daß der Vorsitzende einer Krankenkasse ganz erhebliche Rechte in seiner Person vereinigt, so muß man nur dringend fordern, daß hier umgehend die Gleichberechtigung zwischen Versicherten und Arbeitgebern durchgeführt wird, besonders auch deshalb, weil doch die Versicherten mit zwei Dritteln an den Kosten der Krankenkasse beteiligt sind. Auch im Reichstage wurde am 12. Februar dieses Jahres dieselbe Forderung von dem Reichstagsabgeordneten Ziegler (Demokrat) aufgestellt. Ähnlich liegt es in den Innungskrankenkassen. Auch hier kann die Innung unter bestimmten Voraussetzungen den Vorsitzenden stellen, ohne daß die Versicherten dagegen Widerspruch erheben können. Hinzu kommt bei den Innungskrankenkassen noch, daß sie auf Beschluß der Innung jederzeit errichtet werden können, ohne daß die Versicherten, über deren Schicksal hier entschieden wird, die Möglichkeit hätten, dagegen Einspruch zu erheben. Bei den Betriebskrankenkassen hängt die Errichtung der Kasse wenigstens von der Zustimmung des Betriebsrats ab. Bei den Innungskrankenkassen braucht dagegen der Gesellenauschuß, der hier etwa die Rolle des Betriebsrats vertreten könnte, nur gehört zu werden, aber nicht zuzustimmen. Auch hier muß umgehend Wandel geschaffen werden; denn schließlich kann es nicht angehen, die Versicherten von einer Ortskrankenkasse, mit der sie zufrieden sind und die gute Leistungen gewährt, in eine Innungskrankenkasse zu überführen, über deren Leistungsfähigkeit bei ihrer Gründung doch noch gar nichts feststeht.

Genossenschaftsbewegung.

Die deutschen Konsumgenossenschaften im Jahre 1924. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat, um nach der Zeit der Inflation, die alle Statistik wertlos machte, wieder einen Ueberblick über den Stand der Bewegung zu gewinnen, Vierteljahrstatistiken aufgenommen, von denen alle Vereine erfasst wurden, die mehr als 400 Mitglieder zählen. Diesen Vereinen gehören rund 3 400 000 Mitglieder an, während in den kleineren, die fast ein Drittel der Gesamtzahl ausmachen, nur rund 58 000 Mitglieder vereinigt sind. Die durch die Statistik betroffe-

nen Vereine reichen also zur Beurteilung der Verhältnisse völlig aus.

Zwangswirtschaft und Inflation hatten am Mark der Konjunktionsgenossenschaften gekehrt, ihre Betriebsmittel vernichtet und ihre Leistungsfähigkeit stark herabgedrückt.

So war das Bild, das die Aufnahme für das erste Vierteljahr 1924 zeigt, ein recht wenig befriedigendes. In 796 Vereinen mit 3 325 249 Mitgliedern ergab sich nur ein Umsatz von 107 831 259 M.

Die Hoffnung, daß es zäher, planmäßiger Arbeit gelingen werde, allmählich wieder gesündere Zustände herbeizuführen, erwies sich als begründet.

Am Schlusse des Jahres wurde dann eine Statistik aufgenommen, die alle Vereine umfaßte. Der Zentralverband zählte insgesamt 1175 angeschlossene Genossenschaften, von denen 1088 berichteten.

Das sind absolut hohe Zahlen; relativ sind sie aber durchaus ungenügend. Im Jahre 1913/14, dem letzten Vorkriegsjahre, wurden bei 1 717 519 Mitgliedern 492 980 519 M Umsatz oder je Mitglied 287 M erzielt.

Es ist also noch außerordentlich viel Arbeit zu leisten, wenn nur erst Verlorenes wiedergewonnen werden soll. Daß es an dem Willen und dem nötigen Eifer nicht fehlt, zeigt die im Jahre 1924 im Zentralverband entfallende Werbearbeit.

Hoffen wir, daß im neuen Jahre der Erfolg diese Bemühungen, die reslos fortgesetzt werden, belohnen möge.

Faustischer Glaube.

Gewerkschaftliche Ostergedanken.

Der Weg des Ringens und Suchens, den Faust in Goethes Lebenswerk genommen, bedeutet den Entwicklungsgang der Menschheit, bedeutet die Aufgabe, die jeder Mensch seinem Leben zu setzen hat.

Es gibt nicht einen Menschen, der nicht auch wenigstens einmal mehr oder minder in seinem Leben gefragt hätte nach dem Sinn des Lebens, nach dem Sinn seines Selbst.

Auch Faust hatte solche Krise. Er hatte gesucht und gerungen, und unzufrieden mit dem Ergebnis, verzweifelte er. Es war in der Nacht zum Ostertage. Was war das Leben? Was sollte das Leben? Was war des Lebens Sinn?

Die Krisis des Lebens war gekommen. Sollte Faust sie bestehen? Sollte er das Gift trinken, das der Kelch an seine Lippen hielt? Dann hätten die Zweifler recht bekommen.

Und warum? Aus welchem inneren Regen heraus? Aus dem inneren Regen, das die Osterglocken des grauen Morgens in ihm gewedt.

Welch tiefes Summen, welch ein heller Ton zieht mit Gewalt des Glas von meinem Munde?

Die Osterglocken sind Faustens Rettung; das Fühlen, das Osterglocken erwecken, läßt ihn erstehen zum neuen Menschen. Nicht die kirchliche Osterbotschaft des Osterfestes.

Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube; Das Wunder ist des Glaubens liebtes Kind. Zu jener Erhärung mag' ich nicht zu streben.

Die Erinnerung an seine Jugendzeit ist es, die Faust errettet. Die Osterglocken wecken den Jugendglauben.

Ein unbegreiflich helbes Sehnen trieb mich durch Wald und Wiesen hinzugehn, Und unter tausend heißen Tränen Fühl' ich mir eine Welt erstehn.

In der Stunde der Entscheidung über des Lebens Sinn ist bestimmend der Glaube, der frohe Glaube an den Menschen und an die Zukunft. Wer das Leben nur grübelnd und zerjehend nimmt, der verirrt sich in Kleinigkeiten, aus denen er nicht herauskann.

Unbefangen, wie Jugend ist! Mit frischem frohem Mute vorwärts, wie es der Jugend geistlich Mit gläubender Liebe einem leuchtenden Ziele entgegen!

Dr. Gustav Hoffmann.

Literarisches.

„Der öffentliche Arbeitsnachweis“, Zeitschrift für Arbeitsbeschaffung und -vermittlung, Berufsberatung, Berufshilfe, Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsfürsorge für Erwerbsbeschränkte und Jugendliche.

Soziale Bildung. Von Dr. Th. Eichauer. Heft I der von der Berliner Gewerkschaftsschule herausgegebenen Schriftenammlung und Lehrhefte: „Die Gewerkschaftsschule“.

„Gewerkschafts-Archiv“. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwarg.

„Die Gesellschaft“. Internationale Revue für Sozialismus und Politik. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding. Verlag J. G. W. Diez Nachf., Berlin SW 68.

„Kulturwille“. Monatsblätter für Kultur der Arbeiterschaft. Mitteilungsblatt der Bildungs-Genossenschaft Ring und Organ des Bundes sozialistischer Studenten Deutschlands und Österreichs mit Beilage „Der Bücherwart“.

Zwei Neuerscheinungen hat der Verlag von J. G. W. Diez Nachf., Berlin SW 68, herausgebracht:

Der blinde Spiegel. Von Josef Roth. Ein kleiner Roman. Das Schicksal eines kleinen Wiener Mädchens gibt er in der Handlung schlicht und anspruchslos.

Uns Kultorum. Josef Maria Frank. Die packend geschriebene Geschichte eines Selbstmordes. Aufschrei und leidenschaftliche Anklage gegen die moderne Gesellschaft, die ihre geistig Schaffenden im Glend verkommen läßt.

Veranstaltungsaussieger.

Montag, den 13. April:

Nachen: Gleich nach Feierabend in der Gewerkschaftsschule, Kleinfeldstr. 18.

Dienstag, den 14. April:

Kiel: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Vöbau: Nach Feierabend in Kerns Restaurant, Schulgasse. — Mainz: Gleich nach Feierabend im „Goldenen Flug“.

Mittwoch, den 15. April:

Piegnitz: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Volkshaus.

Donnerstag, den 16. April:

Grüßwald: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Potsdam: Abends 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Praet, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Freitag, den 18. April:

Coswig: Abends 8 Uhr im Volkshaus. — Dortmund, Bezirk Schwerte: Abends 8 Uhr in der „Reichskrone“. — Emden. — Gelsenkirchen: Abends 7 Uhr bei Wülben, Ecke Vereins- und Kampfstraße.

Sonntag, den 19. April:

Altötting, Bezirk Simbach: Vormittags 9 1/2 Uhr im Gasthaus Sterner in Simbach. — Feimold: Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ecke Paulinen- und Lagesche Straße.

Anzeigen.

Sterbetafel.

Berlin. Am 22. März starb unser Kamerad Franz Kamocko (Bezirk 10) im Alter von 63 Jahren an Herzlähmung.

Zahlstelle Breslau.

Alle in Breslau zureisenden Kameraden haben sich, ehe sie sich um Arbeit bemühen, im Zahlstellenbureau zu melden. Nur wer einen Ausweis aus dem Zahlstellenbureau hat, darf Arbeit annehmen.

Zahlstelle Dresden und Umgegend.

Werte Kameraden! Nach langer Pause ladet Euch das Vergnügungskomitee für Sonnabend, 18. April, zu einem

Tanzabend

nach dem Dresdner Volkshaus und bittet um recht zahlreiche Beteiligung. Das Dresdner Volkshaus bewirtet seine Gäste auch im Saal mit anerkannt besten Speisen und Getränken zu Restaurantpreisen.

Zahlstelle Friedland i. M.

Alle zureisenden Kameraden haben sich, bevor sie Umschau halten, bei dem Kassierer Fr. Hagemann, Schwabbecker Str. 15, zu melden. [1,50 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Hattingen a. d. Ruhr.

Vor Zutritt wird gewarnt, da hier noch circa die Hälfte der verheirateten Kameraden arbeitslos beziehungsweise gezwungen ist, auswärts zu arbeiten.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Leipzig.

Allen reisenden Kameraden zur Kenntnis, daß Umschauen im Leipziger Zahlstellengebiet verboten ist; die Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch den Städtischen Arbeitsnachweis, Abteilung Baugewerbe, Münggasse 24-26.

Zahlstelle Naugard.

Laut Versammlungsbeschlus haben sich sämtliche arbeitssuchenden Kameraden, bevor sie in Arbeit treten, beim ersten Kassierer Ferd. Pieper, Breite Straße 10, zu melden. [1,80 M.] Der Vorstand.